MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1923

497 (29.10.1923) Mittag-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-209178

Verkaufspreis 1 Milliarde Mark
Montag, 29. Oktober — Mittag-Ausgabe — 1923 — Nr. 497

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung in der laufenden Woche 12 Milliarden Mk. Die monatlichen Bezieher verpflichten sich bei der Bestellung des Abonnements die während der Bezugszeit notwendigen Preiserhöhungen zu bezahlen. Postscheckkonto Nummer 17590 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim E 6, 2. — Geschäfts-Nebenstelle Neckarstadt, Waldhofstr. 6. Fernspr. Nr. 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegr.-Adr. Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zwölfmal.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung oder mit Zuschlag für Geldentwertung: Allgemeine Anzeigen Grundzahl 400 × Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungsverleger 18 000 000 = 7 200 000 000. Für Anzeig. an bestimmt. Tagen Stellen u. Ausgaben wird keine Verantwort. übern. Höh. Gewalt, Streiks, Betriebsstörung, usw. berechtigen zu keinen Ersatzanspr. für ausgefall. od. beschränkt. Ausgaben od. f. versp. Aufnahmen, Anzeigen. Auftr. d. Fernspr. oh. Gewähr. Gerichtsst. Mannheim

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Um die Autorität des Reiches

Ultimatum an Sachsen

Am Samstag abend wurde in Berlin folgende amtliche Meldung ausgegeben:

Nachdem die der sächsischen Landesregierung angehörenden kommunistischen Mitglieder in Aufrufen an die sächsische Bevölkerung diese zu Gewalttätigkeiten und zur Auflehnung gegen die Reichsgewalt aufgereizt haben, hat der Reichskanzler den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner aufgefordert, den Rücktritt der derzeitigen sächsischen Landesregierung herbeizuführen, da die Reichsregierung die gegenwärtige sächsische Regierung nicht mehr als eine Landesregierung im Sinne der Reichsverfassung anerkenne. Der Reichskanzler hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß er die Antwort des sächsischen Ministerpräsidenten im Laufe des Sonntags erwartet, und ihn von den Maßnahmen in Kenntnis gesetzt, die die Reichsregierung im Falle einer Ablehnung seiner Aufforderung sofort ergreifen werde.

Das sächsische Kabinett hat daraufhin von Samstag abend ununterbrochen, zeitweise unter Heranziehung führender sozialdemokratischer Persönlichkeiten aus Berlin beraten um in der zehnten Abendstunde des Sonntags zu einer

Ablehnung des Ultimatums

zu kommen. Der Kabinettsbeschluß hatte nach dem sozialdemokratischen Parlamentsdienst folgenden Wortlaut:

„Die sächsische Regierung lehnt das Ansinnen der Reichsregierung zurückzutreten, entschieden ab. Ein politischer Anlaß dazu liegt nicht vor und rechtlich ist das Verlangen der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung abzuberufen. Solange das nicht geschieht, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausharren. Sie wird aber bald eine Entscheidung darüber herbeiführen."

Diese Entscheidung soll schon in der morgigen Landtagssitzung herbeigeführt werden.

Die Stellung der Sozialdemokratie

Wenn man dem krisenfreundlichen Montag Morgen glauben darf, herrscht in der Sozialdemokratie eine einstimmige Empörung bei den maßgebenden Führern der Partei, Wels, Hermann Müller, Sollmann und Crispien. Aber selbst die rechtsstehenden Sozialdemokraten scheinen empört und halten eine weitere Mitarbeit im Kabinett Stresemann für unmöglich. Das Ausscheiden der Sozialdemokratie müßte dann automatisch das Ende des Ermächtigungsgesetzes herbeiführen. Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände werden, am morgigen Dienstag zu dem sächsischen Konflikt Stellung nehmen. Derselben Behauptung begegnet man auch in der „Welt am Montag" nach der der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Dienstag mittag einberufen worden sei. Bei der in der Partei herrschenden Stimmung könne kaum mit einem längeren Verbleiben in der Koalition gerechnet werden. Das Blatt behauptet dann auch, die dem Kabinett angehörenden sozialistischen Minister hätten gegen das Ultimatum gestimmt, was noch unserer Kenntnis den Tatsachen direkt widerspricht.

Das Ullstein-Montagblatt, das durch mancherlei Beziehungen zur Sozialdemokratie unterhält, schildert die Lage aber durchaus anders. Es behauptet, die sozialistischen Reichsminister Robert Schmidt, Radbruch u. der sächsische Gesandte in Berlin Gradnauer, die gestern in Dresden waren, hätten einigermaßen bestimmend auf den Reichstagsvorstand der sächsischen Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die gestern gleichfalls tagte, eingewirkt. Dabei ist innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie die Spaltung zum ersten Male offen zum Ausbruch gekommen, nachdem es schon wochenlang kriselte und man mit einer Reformpartei der sächsischen Sozialdemokratie von etwa sieben Stimmen rechnete. Damit wäre unter Umständen die bisherige Regierungsmehrheit des sächsischen Landtages ohnehin in Frage gestellt gewesen. Das gleiche Blatt behauptet dann auch, daß das Ultimatum der Reichsregierung auf Einwirkung der bürgerlichen Parteien in Sachsen zurückzuführen wäre und daß auch die Demokratie in diesem Sinne sich stark eingesetzt hätte.

Wenn diese Darstellung zuträfe, brauchte man, wenigstens, soweit es die weitere Entwicklung der sächsischen Dinge angeht, gar nicht so besorgt zu sein.

Nach einer Mitteilung des Lokalanzeigers wird die Reichsregierung nunmehr auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten den früheren Chef der sächsischen Staatskanzlei

Ministerialdirektor Schulze zum Regierungskommissar für Sachsen

ernennen. Dr. Schulze ist vor 4 Wochen von Herrn Zeigner zugunsten des jetzigen sächsischen Staatskanzleichefs Brandler, des früheren Kompagnons des Mordbrenners Hölz, seines Amtes enthoben worden.

Außerdem hat der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, durch die der Kanzler ermächtigt wird, die

sächsische Regierung und andere Behörden abzusetzen

Die Reichsregierung ist also entschlossen, den Kampf aufzunehmen und alle Konsequenzen zu ziehen.

Zusammenstoß mit der Reichswehr in Freiberg

Das Dresdner Reichswehrkommando 4 veröffentlicht eine Mitteilung, wonach es in Freiberg am Samstag zu Zusammenstößen zwischen Reichswehr und Linksradikalen gekommen ist. Auf die Aufforderung der Polizei sei Reichswehr in die Stadt entsandt worden, um die Ansammlungen zu zerstreuen und Haussuchungen vorzunehmen. Nachmittags 4 Uhr habe der Polizeidirektor militärische Hilfe erbeten, da vier Reichswehrsoldaten im Postamt bedrängt wurden. Daraufhin hätte Reichswehr den Postplatz gesäubert und sei hierbei von der Menge mit Steinen beworfen und mit Pistolen beschossen worden, wobei 2 Soldaten schwer und 2 leichter verletzt worden seien. Daraufhin habe die Reichswehr in der Notwehr von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten sind 13 Unruhestifter erschossen und gegen 30 verwundet worden.

Eine Note an Bayern

Um die verfassungsmäßige Befehlsgewalt

Berlin, 28. Okt. In Verfolg der am 24. Oktober von der Konferenz der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder gefaßten Entschließung hat die Reichsregierung an die bayerische Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wiederherzustellen.

Diese Note ist dem Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling am Sonntag überreicht worden. Am Montag findet in München ein Ministerrat statt, der sich mit der Forderung der Reichsregierung beschäftigen wird.

Das Boelelsche Krisenblatt, der „Montag-Morgen", sieht auch in dieser Frage düster, am düstersten. Herr v. Knilling hätte nach der Kenntnisnahme der Note erklärt, Herr v. Kahr habe recht, wenn er behaupte, mit der gegenwärtigen Regierung in Berlin sei nicht zu verhandeln. Es sei nicht ausgeschlossen, daß in allerkürzester Zeit die Regierung Kahr-Ludendorff-Hitler in München zur Wirklichkeit würde und dann den Versuch machte, gegen Berlin zu marschieren. Das ist natürlich dummes Zeug. Immerhin wird man nach dem Verlauf, den gestern der

Parteitag der bayerischen Volkspartei

genommen hat, kaum mit einer glatten Erledigung der Wünsche der Reichsregierung rechnen können. Wie aus München gemeldet wird, führte auf dem gestrigen Parteitag der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Geh. Rat Held aus, nachdem er den Nationalsozialismus abgeschüttelt und als besondere Gefahr für den Staat erklärt hatte: Er halte es für unmöglich, daß die bayerische Regierung den General v. Lossow fallen lasse. Die Gefahr solcher Konflikte sei immer wieder gegeben, solange die Weimarer Verfassung nicht im föderativen Sinne umgestaltet sei. Weiterhin verlange man die finanzielle und die Verkehrshoheit und wünsche die Verfügung über den bayerischen Teil der Reichswehr. Ministerpräsident v. Knilling stellte dann noch fest, daß das Verbot des „Völkischen Beobachters", das den Konflikt heraufbeschworen habe, vom Reichskommissar wegen eines Artikels ausgesprochen sei, der schon vor dem Erlaß des Reichsausnahmezustandes erschienen sei.

Die Haltung des Generalstaatskommissars und der Staatsregierung wurde dann in einer Entschließung einstimmig gebilligt, nachdem auch der frühere Ministerpräsident, Graf Lerchenfeld, die Meinung vertreten hatte, daß in Berlin in der Lossowfrage auch bedeutende Fehler gemacht worden seien. Dr. Heim, der schwer erkrankt sein soll, nahm nur kurze Zeit an den Verhandlungen teil und versicherte auch bei dieser Gelegenheit wieder, daß er mit Dr. Dorten seit 1920 weder direkt noch indirekt verkehrt hätte.

Eine Landeskonferenz der bayerischen Sozialdemokratie

in Nürnberg nahm eine Entschließung an, in der es heißt, die ganze Unhaltbarkeit der heutigen Zustände sei dadurch charakterisiert, daß die bayerische Regierung die Gehorsamsverweigerung eines höheren Reichswehroffiziers gebilligt und gedeckt und der Generalstaatskommissar erklärt habe, er verhandle mit der Reichsregierung nicht. Die bisher vom Generalstaatskommissar eingeschlagene Politik beweise, daß der Kampf Bayerns sich ausschließlich gegen Dinge richte, die in allen ihren Handlungen dartun, daß sie treu zur Verfassung des Reiches und des Landes stehen. Unerschüttert zu allen weiteren Opfern bereit, stehe die sozialdemokratische Partei treu zum Reich. Sie erwartet aber auch, daß nunmehr die verantwortlichen Reichsstellen ihren Verpflichtungen nachkommen würden, Hüterin von Reichsverfassung und Reichseinheit in der Tat zu sein.

Die Lage in der Pfalz

ist völlig ruhig. Das kleine Häuflein der Separatisten hat es bisher nicht gewagt, aktiv hervorzutreten. Das Hauptquartier der Separatisten befindet sich in der Wirtschaft zum Gambrinus in Speyer. Von der pfälzischen Bevölkerung sind alle Maßnahmen getroffen, um einen separatistischen Putsch abzuwehren.

Die Zweibrücker Sozialdemokraten haben sich in einer Versammlung für den Abg. Hoffmann ausgesprochen und ihm das Vertrauen ihrer Partei geschenkt.

Desavouierung des Majors Louis?

Die deutsche Regierung hat, wie berichtet, dem französischen Ministerium des Aeußern durch die hiesige Botschaft eine Note übermittelt, in der gegen die Beteiligung französischer Militärs an dem pfälzischen Putschversuch Einspruch erhoben wird.

Am Quai d'Orsay wurde bis jetzt jede Auskunft über diese Angelegenheit abgelehnt. In französischen politischen Kreisen verlautet, der Adjutant des Generals de Metz habe sich ohne amtliche Weisung auf eigene Verantwortung in den pfälzischen Handel eingemischt und werde voraussichtlich (!) von der französischen Regierung desavouiert werden. (?)

Die Separatistenaktion

stagniert weiter. Nur unter dem Schutz der Belgier und Franzosen können sie hie und da lokale Erfolge erringen. So besetzten sie am Samstag das Mainzer Stadthaus. In Walheim bei Aachen besetzten sie das Bürgermeisteramt; sie zogen aber bald unter Mitnahme des Bürgermeisters Nicolai wieder ab. In Brand wurde der Schwiegersohn des Bürgermeisters, als er Posten stand, von Sonderbündlern erschossen. Abends herrschte im ganzen Landkreis vollständige Ruhe. Von den Belgiern wurden aus Aachen 15 Polizisten ausgewiesen, die Plakate der Separatisten abgerissen hätten.

Mit Dreschflegeln gegen Separatisten

Ein aus Rüsselsheim kommender Haufe Separatisten drang in das bei Mainz liegende Dorf Bauschheim ein, angeblich um Vieh zu requirieren. Die Bauernschaft trat den Eindringlingen mit Dreschflegeln entgegen. Es kam zu einer blutigen Schlägerei, in deren Verlauf vier Separatisten getötet und auf beiden Seiten eine größere Anzahl von Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Die Verletzten wurden in das Mainzer Krankenhaus gebracht; einer von ihnen ist inzwischen gestorben. Am Sonntag nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr drangen die Sonderbündler erneut in das Dorf ein und steckten drei Gehöfte in Brand.

Die innerpolitischen Krisen

Man wird der Reichsregierung nicht vorwerfen können, daß sie es den Extratouren des Herrn Zeigner gegenüber, der übrigens in der eigenen Partei wenig Vertrauen genießt und vielfach von der pathologischen Seite genommen wird, an Nachsicht und Geduld bislang habe fehlen lassen. In der Reihe der unerhörten Uebergriffe, die sich die sächsische Landesregierung in der letzten Zeit leistete, hat ein Aufruf der kommunistischen Partei und der kommunistischen Landtagsfraktion dem Faß den Boden ausgeschlagen. Denn dieser Aufruf, der sich in maßlosen Ausdrücken gegen die Reichsregierung und deren Bevollmächtigten, den General Müller, richtet, weist auch die Unterschrift eines der amtierenden sächsischen Minister auf. Es wird in diesem, somit amtlich sanktionierten Schriftstück das Menschenmögliche an niederträchtiger Verhetzung geleistet. Es heißt da u. a.: „Wir pfeifen auf die Verordnungen der Reichsregierung, die sie erlassen hat und noch weiter erlassen wird." Es wird ferner aufgefordert, für jede aufgelöste Hundertschaft, für jeden aufgelösten Aktionsausschuß deren neue zu schaffen. Der Aufruf gipfelt in der Aufforderung zur Mobilisierung der Massen gegen die Reichsregierung.

Gegen die Unterzeichner des Aufrufs kann die Regierung nicht vorgehen, da sie durch Immunität geschützt sind. Andererseits würde solchem Treiben gegenüber Langmut sich in Schwäche verkehren. Denn darüber ist wohl kein Zweifel: das Verhältnis eines Landes, in dem die Minister zum offenen Aufruhr gegen das Reich predigen, ist unmöglich. Aus diesen Erwägungen heraus ist der ultimative Schritt der Reichsregierung zu begreifen, die in einem Schreiben den sächsischen Ministerpräsidenten auffordert, die gegenwärtige sächsische Landesregierung aufzulösen, da sie nicht mehr als eine Landesregierung im Sinne der Reichsverfassung angesehen werden könne. Der Kanzler hat gleichzeitig dem sächsischen Ministerpräsidenten bedeutet, daß die Reichsregierung im Falle einer Ablehnung sofort die entsprechenden weiteren Maßregeln ergreifen werde.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Reichsregierung zu diesem Schritt, der in den Annalen des Deutschen Reiches Gottlob vereinzelt dasteht, verfassungsmäßig berechtigt ist, da sie darüber zu wachen hat, daß verfassungsmäßige Zustände in den Ländern herrschen. Es ist von ganz besonderer Bedeutung, daß bei dieser ungewöhnlichen Maßnahme das gesamte Reichskabinett einschließlich der sozialdemokratischen Mitglieder hinter dem Kanzler steht. Der Beschluß der sächsischen Regierung, die Entscheidung des Landtags anzurufen, hat lediglich einstweilige aufschiebende Wirkung. Die Ernennung eines Reichskommissars zeigt, daß die Reichsregierung sich auf keinerlei Winkelzüge mehr einläßt.

Inzwischen hat die Reichsregierung auch nach Bayern hinübergegriffen und damit eine neue taktische Lage geschaffen. Auch hier kann zu der Legitimation der Regierung nicht der geringste Zweifel herrschen, mehr noch, es wurde nachgerade zur unabwendbaren Notwendigkeit, daß das Reich seine erschütterte Autorität auf dem Gebiet der Wehrmacht wiederherzustellen versuchte. Man wird es auch ohne weiteres begreifen können, warum das Kabinett Stresemann just in diesem Augenblick in München das Verlangen anmeldete, den Fall Lossow aus der Welt zu schaffen. Es wünscht von vornherein den Vorwurf zu entkräften, daß es mit doppelten Maßen messe, also in Sachsen mit der Schärfe des Schwertes vorginge, indessen es die Dinge in Bayern einstweilen noch weitertreiben ließe.

Leider ist festzustellen, daß die Wirkung, auf die der Kanzler und das Ministerium rechneten und wohl noch rechnen, vorderhand nicht eingetreten ist.

Die Berliner Presse

wenigstens bietet das nämliche zwiespältige Bild wie in allen diesen Wochen. Der „Kreuzzeitung" wäre das Vorgehen gegen Sachsen genehm, wenn sie nicht aus dem neuen Schritt gegen Bayern, wie sie behauptet, den Schluß ziehen müßte, daß es sich hier abermals um eine der Rücksichten auf die der Sozialdemokratie abgerungenen Kompensationen handle. Der „Germania" wieder erscheint die für die Ordnung der bayerischen Dinge gewählte Form zu milde, indessen sie im sächsischen Fall zuvor noch eine „Ausschöpfung aller moralischen Machtmittel" gewünscht hätte. Die „Deutsche Zeitung" vollends erklärt: Dr. Stresemann versucht ein unmögliches Werk. Für Sachsen braucht er die Unterstützung aller nationalen Kreise im ganzen Reich, gehe er aber in Bayern zugleich gegen den ausgeprägten Vertreter des nationalen Gedankens vor, so setze er sich zwischen zwei Stühle. Da die „Deutsche Zeitung" indessen längst offen auf den Bürgerkrieg spekuliert, ist ihr das ganz recht: so jubelt sie denn: „Was auch geschehe, die Stunde der Entscheidung so oder so ist gekommen!" Die Gefahr, daß das Kabinett Stresemann sich zwischen zwei Stühle sehen könnte, sieht auch der „Vorwärts" nahen, nur daß er, wie der ganz überwiegende Teil der Sozialdemokratie mit ihm den Bürgerkrieg um jeden Preis zu vermeiden wünscht. Deshalb setzt er in einem sonst durchaus ruhigen Leitaufsatz auseinander, daß der Entschluß zu dem sächsischen Ultimatum seines Erachtens vorschnell gefaßt worden sei, beklagt, daß die aufrührerischen Plakate mit den Unterschriften der kommunistischen Führer nicht vorher dem Ministerpräsidenten Zeigner vorgelegt worden wären, damit er von sich aus Remedur schaffe und beschwört schließlich die Reichsregierung „unter Verzicht auf Drohungen und Gewaltanwendungen eine Verständigung mit der Sozialdemokratie in Sachsen als der größten für die Regierungsgeschäfte unentbehrlichen Partei herbeizuführen." Alles in allem: Die innerpolitische Lage ist ohnehin seit Wochen von Fährnissen aller Art umwittert und hat sich aufs äußerste verschärft. Man wird der Regierung Stresemann, die nun auf zwei Fronten zu kämpfen hat, auf beiden schnellen Erfolg wünschen müssen. Nur schneller Erfolg kann die Krise, zu der allerhand dunkle Kräfte rüsten, abwenden.

England gegen die Separatisten

Einer Berliner Blättermeldung zufolge, ist die Ansicht der britischen Regierung in der Frage der rheinischen Separatistenbewegung der französischen Ansicht diametral entgegengesetzt. Die britische Regierung würde das in Koblenz gebildete Separatistenkabinett nicht anerkennen. Jeder Putsch von seiten der Separatisten in Köln würde durch britische Streitkräfte verhindert werden. Dies geschehe in Uebereinstimmung mit der von Baldwin vertretenen Politik des Widerstandes gegen eine Auflösung Deutschlands.

Nach einer Meldung der „Times" aus Koblenz verlautet, daß der französische und der belgische Oberkommissar bei der Rheinlandkommission angewiesen wurden, in der bevorstehenden Sitzung der Kommission die Separatisten als legale Regierung im Rheinland anzuerkennen, gegen welche Verletzung des Versailler Vertrages und des Rheinlandabkommens Lord Kilmarnock protestieren werde.

MARCHIVUM

Die übliche Sonntagsrede Poincarés

Frankreich auch weiterhin unversöhnlich — Gegen Herabsetzung der deutschen Schulden — Beibehaltung des Ruhrpfands.

Poincaré hielt am heutigen Sonntag die immer anläßlich der Einweihung eines Kriegerdenkmals übliche Rede in Sempigny. Nach einem Seitenhieb auf die französischen Linksparteien sprach Poincaré von der „Heuchelei Deutschlands", das behaupte, die Kohlenlieferungen nicht vergüten zu können. Die „spontan" im Rheinland ausgebrochene Bewegung sei in dem alten Gegensatz zwischen Rheinland und Preußen begründet. Frankreich habe daran keinen Anteil, da es sich immer gewissenhaft von innerpolitischen Angelegenheiten Deutschlands ferngehalten habe. (!!) Frankreich hege keine Annexionsabsichten, es fordere aber dauernde Sicherheitsgarantien. Deutschland verhindere schon seit Monaten die Tätigkeit der Militärkontrollkommission. Frankreich könne seine Sicherheitsgarantien nicht aufgeben und wolle ebensowenig auf die Reparationen verzichten. Das Ruhrpfand werde Frankreich nicht aufgeben, bevor die Reparationen nicht voll und ganz bezahlt sein werden. Von seinen Alliierten verlange Frankreich lediglich die Einhaltung des Versailler Vertrags.

Die Reparationsschuld sei endgültig durch den Londoner Zahlungsplan festgelegt. Einer Herabsetzung könne Frankreich nicht zustimmen, dagegen gebe es nichts Notwendigeres, als eine Untersuchung über das, was Deutschland morgen und in Zukunft bezahlen könne. Diese Aufgabe stehe aber der Reparationskommission zu. Frankreich wünsche ebenfalls, daß Amerika sich nicht ganz von den europäischen Angelegenheiten abwende. Den Gedanken einer internationalen Konferenz lehne Frankreich ab. Wenn der englischen Regierung daran gelegen sei, Amerika nicht zu einer internationalen Konferenz einzuladen, sondern lediglich die Mitarbeit der Vereinigten Staaten zu erlangen, so könne das dadurch geschehen, daß die Reparationskommission die Vereinigten Staaten einlädt, offiziöse Sachverständige zu ernennen, die mit den französischen, englischen, italienischen und belgischen Sachverständigen die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu untersuchen und Deutschland aufzufordern hätten, ein Programm der Finanz- und Währungsreform und einen Reparationsplan im Rahmen des Versailler Vertrags auszuarbeiten. Frankreich könne aber einer Ersetzung der Reparationskommission und einer Verringerung ihres Einflusses nicht zustimmen. „Die Grenzen unserer Konzessionen sind erreicht. Wir werden diese nicht überschreiten. Seit 4 Jahren sind Deutschland auf unsere Kosten Vorteile gewährt worden. Jetzt ist es genug!"

Frankreich verkenne den Anteil der Alliierten am gemeinsamen Siege nicht, wolle aber andererseits nicht fast die gesamten Kosten der gemeinsamen Sache tragen. Wenn die Ostgrenze überschritten werden sollte, würden alle Alliierten von neuem bedroht. Die französische Politik der Vorsicht entspringe somit nicht dem Egoismus, sondern der Sorge um das allgemeine Wohl der Völker. Wenn Frankreich auf diese Politik verzichten würde, würde es nicht nur Frankreich, sondern die ganze Welt verraten usw.

Die außenpolitische Lage

Die allgemeine Auffassung, daß die außenpolitische Lage insbesondere durch die Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten, der Reparationskommission mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit zu schenken, eine nicht unbeträchtliche Entspannung zeige, wird, wie wir hören, auch in Berliner Regierungskreisen geteilt. Man könnte vielleicht glauben, daß die Entlastung, die Amerika durch das für Jahre hinaus bedingte Ausscheiden Japans aus der Mächtekonkurrenz erfahren hat, es ihm nunmehr ermöglichen wird, sich eingehender mit den europäischen Dingen zu befassen. Man gewinnt jedenfalls den Eindruck, daß der Pariser Regierung durch das neuerdings engere Zusammenarbeiten zwischen England und Amerika Hemmungen in den Weg gelegt werden, die sich zwangsläufig zugunsten Deutschlands auswirken müssen. Gänzlich falsch ist die vielfach in deutschnationalen Kreisen vertretene Auffassung, als ob die deutsche Regierung sich auf Wunsch und Betreiben Frankreichs an die Reparationskommission gewandt habe. Wie wir versichern zu können glauben, hat Frankreich ganz im Gegenteil die deutsche Regierung in keiner Weise zu einem solchen Vorgehen ermuntert, der ihm, soviel man weiß, keineswegs genehm ist. Für Deutschland war dieser Schritt gegeben aus dem Bedürfnis heraus, den Ententegläubigern rückhaltlos Klarheit darüber zu verschaffen, daß wir den Reparationsforderungen zurzeit nicht nachkommen können.

Der geplante Sachverständigenausschuß

Reuter erfährt, in gut unterrichteten englischen Kreisen werde jetzt im Zusammenhang mit der französischen Antwort angenommen, daß keine völlig neue Konferenz abgehalten werden solle. Die britische Regierung habe die französische Zustimmung zu dem Plan erhalten, daß die Reparationskommission eine neue Sachverständigenkommission ernennen solle, um Deutschlands Zahlungsfähigkeit innerhalb der Bestimmung des Versailler Vertrages zu untersuchen. Man erwartet, daß die Reparationskommission Amerika und andere verbündete Staaten einladen werde, sich in der geplanten Kommission vertreten zu lassen.

Der „Agence Belge" zufolge teilte die belgische Regierung den Kabinetten von London und Washington mit, daß sie dem zweiten, von der amerikanischen Regierung gemachten Vorschlag zustimme, wonach die Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch einen von der Reparationskommission zu ernennenden Sachverständigenausschuß abzuschätzen sei.

Die Verhandlungen der Ruhrindustriellen

Der Düsseldorfer Korrespondent des „Petit Journal" berichtet, daß Stinnes der französisch-belgischen Militärmission ein Projekt für die Wiederaufnahme der Verhandlungen unterbreitet habe, das eine ernste Verhandlungsgrundlage darstelle. Er habe Bevollmächtigte zurückgelassen, die den gestrigen Tag hindurch die Verhandlungen fortgesetzt hätten. Sie stünden vor dem Abschluß und würden wahrscheinlich nächsten Dienstag zu einem bestimmten Abkommen führen.

* * *

Dem „Temps" wird aus Düsseldorf gemeldet, daß die Otto-Wolff-Gruppe am Samstag dem Vertreter des Finanzdienstes der Besatzungsbehörde die erste Bezahlung der Kohlensteuer geleistet habe.

Die Opfer von Hamburg

Urteile des Standgerichtes

Das Hamburger außerordentliche Gericht zur Aburteilung der verhafteten Kommunistenführer hat den Angeklagten Thorell wegen Hochverrats und Aufruhr zum Tode, und wegen versuchten Totschlages sowie anderer Vergehen zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Fünf weitere Angeklagte wurden wegen Landfriedensbruchs und Plünderns zu Freiheitsstrafen verurteilt, davon einer zu einem Jahr Zuchthaus, die übrigen zu zwei Monaten bis einem Jahr Gefängnis. Es handelt sich durchweg um Leute von durchschnittlich 20 Jahren. Auch ein 16jähriger Tischlerlehrling befindet sich darunter, der zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er sich der Polizei widersetzte und die Menge zum Widerstand aufreizte.

Inzwischen erhöhte sich die Zahl der getöteten Polizeibeamten, da ein weiterer Beamter seinen Verletzungen erlegen ist, auf 14. In den Krankenhäusern wurden bis jetzt 75 Tote eingeliefert. Die Zahl der Toten und Verwundeten auf kommunistischer Seite konnte noch nicht genau festgestellt werden, da der Sanitätsdienst der Kommunisten die Verletzten und Toten selbst wegschaffte.

Löhne und Gehälter in wertbeständigen Zahlungsmitteln

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt:

„Die in der letzten Zeit überaus schnell fortschreitende Entwertung der Papiermark hat dazu geführt, daß eine gerechte Anpassung der Bezüge der Gehalts- und Lohnempfänger an diese Entwertung immer schwieriger wird. Die Reichsregierung beabsichtigt daher, so schnell wie möglich zu einer Bezahlung dieser Bezüge in wertbeständigen Zahlungsmitteln überzugehen. Wie bekannt, ist die Herstellung solcher Zahlungsmittel schon mit allen Kräften in Angriff genommen. Voraussichtlich werden in der ersten Hälfte des November so viele wertbeständige Zahlungsmittel ausgegeben werden, daß alsdann mit ihnen auch die Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter sowie die Versorgungsbezüge in einem gewissen Umfange bezahlt werden können. Da jedoch am 1. November diese Zahlungsmittel noch nicht in solcher Menge bereitstehen werden, um schon zu diesem Zeitpunkt mit einer auch nur teilweisen wertbeständigen Auszahlung der genannten Beträge beginnen zu können, muß die Auszahlung der am 1. November fälligen Bezüge der Beamten usw. zunächst auf das erste Monatsviertel beschränkt werden, um der wertbeständigen Zahlung für spätere Monatsteile nicht vorzugreifen.

Diese Maßnahme wird auch aus einem anderen Grunde notwendig: die überstürzten und nicht vorauszusehbaren Preissteigerungen der letzten Tage haben eine so weitgehende Zahlungsmittelknappheit zur Folge, daß es nicht möglich wäre, am 1. November 1923 den Beamten, Angestellten und Versorgungsberechtigten ihre Bezüge für mehr als ein Monatsviertel in Papiermark auszuzahlen.

Auf Grund der Ermächtigung in der Verordnung der Reichsregierung vom 24. Oktober ist daher vom Reichsminister der Finanzen verordnet, daß am 1. November 1923 den Beamten und Angestellten des Reiches, der Länder, der Gemeinden und der sonstigen öffentlichen Körperschaften sowie den Versorgungsberechtigten nur die Bezüge für die Zeit vom 1. bis 8. November (erstes Novemberviertel) ausgezahlt werden.

Diese Abweichung von der gesetzlich festgelegten Zahlungsart der Beamten- usw. Bezüge stellt eine Notmaßnahme dar, die aus den genannten Gründen unvermeidlich ist. Die Reichsregierung wird aber sobald wie irgend möglich zur gesetzlich festgelegten Art der Auszahlung der Beamten- usw. Bezüge zurückkehren."

Auslandsrundschau

*Rücktritt der holländischen Regierung. Das holländische Kabinett ist wegen Ablehnung der Flottenvorlage für Niederländisch-Indien zurückgetreten.

* Die französischen Kammerwahlen werden voraussichtlich am ersten Sonntag im Monat April 1924 stattfinden. Die Legislaturperiode der augenblicklichen Kammer ist bekanntlich am 31. Mai 1924 zu Ende.

Badische Politik

Eberhard Gothein

feiert am heutigen 29. Oktober seinen siebzigsten Geburtstag. Er ist in Neumarkt in Schlesien geboren, hat in Breslau und Heidelberg Geschichte studiert, und kam 1885 nach Baden, in welchem Jahre er, vorher in Breslau und Straßburg, Privatdozent, als Professor der Nationalökonomie an die Technische Hochschule in Karlsruhe berufen wurde. Dann kam er nach Bonn und 1904 nach Heidelberg. In seinen Arbeiten trat schon sehr früh die Neigung hervor, religiös-soziale und kulturgeschichtliche mit wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen zu verknüpfen. Das Zeitalter der Reformation und Gegenreformation, die Persönlichkeit Loyolas beschäftigten ihn mehrfach, bis er sich später mehr wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten zuwandte. 1892 erschien in Straßburg seine „Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften". Andere bekannte Schriften sind: „Agrarpolitische Wanderungen im Rheinland" und „Die geschichtliche Entwicklung der Rheinschiffahrt im 19. Jahrhundert". In Heidelberg veröffentlichte er gemeinsam mit Bezold und Koser 1908 den Band „Staat und Gesellschaft der neueren Zeit". 1916 erschien die Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte Kölns „Die Stadt Köln 1815—1915", eine vorbildliche, Wirtschaft und Kultur eines großen Gemeinwesens verständlich machende Arbeit. Gothein ist recht eigentlich der Begründer der Handelshochschule Köln gewesen, die später zur Universität ausgebaut wurde. Als Heidelberger Dozent betrieb er die Errichtung der Mannheimer Handelshochschule mit Nachdruck. Dem Lehrkörper dieses Instituts und dem der Heidelberger Universität gehört der geistig frische und anregende Lehrer und Forscher noch heute an. Die badisch historische Kommission verehrt in ihm ihren Vorsitzenden. Politisch ist Eberhard Gothein eben in seiner Eigenschaft als Wirtschaftspolitiker hervorgetreten. Er genoß als solcher bis zu der Umwälzung 1918 ein hohes Ansehen in der Nationalliberalen Partei. Nach dem Umsturz schloß er sich der Deutschdemokratischen Partei an. Er war Mitglied der badischen Nationalversammlung und hat auch hier sein reiches Wissen in den Dienst des Vaterlandes gestellt. Gothein ist ein Mann von umfassenden Kenntnissen, ein verehrungswürdiger Lehrer und ein Mensch von schönen Eigenschaften des Herzens. Er verbringt seinen Geburtstag fern von Heidelberg, aber Dank, Verehrung und Treue begleiten ihn. Im Wintersemester wird er Gastvorlesungen über die Kulturgeschichte Spaniens an der Universität Hamburg halten. Kollegen und Schüler hoffen, so schreibt Dr. Allmann in der „Frankf. Ztg.", daß er in alter Frische im Sommer 1924 wieder in Heidelberg und Mannheim den großen Kreis seiner Schüler um sich sammele.

Die französischen Kraftwerke am Oberrhein

Straßburger Blätter bringen Mitteilungen über einen im Auftrag des französischen Arbeitsministers von einem elsaß-lothringischen Konsortium ausgearbeiteten Vorentwurf für die auf der Rheinseitekanalstrecke Straßburg-Basel zu erstellenden Kraftwerke, der nunmehr auch von einer von der ostfranzösischen Handelskammer gebildeten Rheinstudiengesellschaft gutgeheißen worden ist. Danach sollen auf dieser Strecke außer dem Kraftwerk Kehms noch weitere sieben Kraftwerke mit einem Kostenaufwand von insgesamt 1400 Millionen Franken erstellt werden. Die zu gründende Gesellschaft für den Bau der Kraftwerke werde vom französischen Staat eine Bürgschaft für die auszugebenden Obligationen verlangen. Ferner soll der Staat auf seine Kosten die Schleusen und alle anderen der Schiffahrt dienenden Einrichtungen errichten. Dem Organ der Handelskammer in Nancy zufolge wird auch der französische Staat die Fehlbeträge der zu erstellenden Kraftwerke übernehmen.

Letzte Meldungen

Nöte des Berliner Hotel- und Gastwirtgewerbes

⊡ Berlin, 29. Okt. (Von uns. Berl. Büro.) Infolge der Preissteigerung und der hohen Besteuerung durch Reich und Staat ist im Berliner Gastwirtsgewerbe eine schwere Krise ausgebrochen. Eine ganze Anzahl von Gaststätten ist bereits geschlossen oder wird in der nächsten Zeit schließen müssen. Die Zahl der arbeitslosen Gastwirtsangestellten wird von Tag zu Tag größer. In den Hotels bleiben mehr als 30 Prozent der Betten unbenutzt. Das Hotel Exzelsior am Anhalter Bahnhof, das größte Hotel Europas, wird demnächst in ein Bürohaus umgewandelt und das gleiche Schicksal wird das Hotel Esplanade treffen.

Abbruch des Generalstreiks in Ost-Oberschlesien

Gleiwitz, 29. Okt. Die gestern in Hindenburg abgehaltene Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute der Berg- und Hüttenbetriebe Deutsch-Ostoberschlesiens hat bei Anwesenheit von 700 Stimmberechtigten gegen nur 7 Stimmen den Abbruch des Generalstreiks und die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Die Streikenden haben durchgesetzt, daß ihre Löhne wertbeständig ausgezahlt werden.

Kehl, 28. Okt. Der Vorstand des städtischen Arbeitsamtes Schuhmacher wurde von der französischen Behörde unter Zurücklassung seiner Familie ausgewiesen. Ferner wurde ausgewiesen der Verwaltungssekretär b. der Reichsvermögensstelle Reugebauer. Seine Familie muß binnen 4 Tagen folgen. Die Mitnahme der Möbel ist gestattet.

Schaff' gute Bücher in dein Haus,
Sie strömen reichen Segen aus
Und wirken als ein Segenshort
Auf Kinder und auf Enkel fort.

* * *

National-Theater Mannheim

Die Walküre

„Hier zeige deinen ganzen Scharfsinn, Herz!" Seit mehreren Wochen steht Frau Else Vogt-Gauger auf dem Komödienzettel: so noch vorgestern als Walküre. Aber gestern gab Frau Bracema-Brügelmann in freundnachbarlichen Vertretung Wotans kühnes, herrliches Kind Brünnhilde. Die „Neueinstudierung" war also vergeblich gewesen, denn solche Gäste singen in ihrer Art und haben volles Recht. Wir aber haben auch das volle Recht, einmal zu fragen, ob wir dies ganze Spieljahr ohne dramatische Sängerin sein werden, ob der Spielplan nach diesem „Vacuum" eingerichtet werden, ob wir auf Fidelio, Siegfried und Götterdämmerung verzichten sollen, oder wie „man" sich denn helfen will. Weiter: welchen Zweck verfolgt das Gastspiel Annie König-Bommatsch? Die geschätzte Konzertsängerin hat doch ihre Sieglinde kaum als unverbindlichen Bühnenversuch vorstudiert! Sie bewährte ihre gesanglichen Tugenden, ihre edle Gesangsweise, ihre prächtige Stimme und ihre musikalisch-dramatische Sicherheit vollauf. Wie denkt „man" sich aber die Anstellung dieser Künstlerin? Was geht hier vor? Vorsicht im Urteil scheint immerhin geboten. . . Die Vorzüge mittlerer Opernbühnen gipfeln in der Beständigkeit, in einem gut abgestimmten Ensemble. Vorzüge, die noch heute mittleren „Hoftheatern" eigen sind! Eine „Neueinstudierung" kann also nur dann dauernden Wert haben, wenn diese Beständigkeit vorhanden ist und bleibt. Nun hatten wir einen neuen Siegmund, Herr Alfred Färbach hatte die tiefliegende Partie fleißig studiert und verdient schon wegen seiner überlegten Durchführung des Gesanglichen volles Lob. Wer wird nun seine nächste Partnerin sein? da der ganze erste Akt der „Walküre" auf Siegmund und Sieglinde gestellt ist, so haben wir ein Recht zu solchen Fragen an die Zukunft. . Endlich: wie steht es mit einem „wertbeständigen" Walküren-Gesamt? Der Anfang des dritten Aktes war gestern nur durch einen Gast und drei Notbesetzungen möglich. Hier konnte Generalmusikdirektor Richard Lert seine Ueberlegenheit beweisen. Er hatte die Partitur neu durchgearbeitet, größtenteils Bayreuther Ueberlieferungen folgend. Der erste Akt gewann epische Ruhe, die Schlußsteigerung und das Vorspiel zum zweiten — bei dem die Trompeten kaum mitkamen — fielen freilich aus dem Stil. Aber es gab so viel sinnreiche Mittelfarben der Holzbläser, so viel feinere Schattierungen im Saitenquintett, so viel Todverkündigungs-Schönheit der rechten Bläsergruppe, daß wir uns aufrichtig freuen durften, einmal wieder die urschriftlichen Klangwirkungen zu hören. Richard Lert hatte weiterhin den Vortrag der einzelnen Künstler geändert. Diese Aenderungen, mehr anbefohlen als aus der Empfindung gewonnen, sind freilich von zweifelhaftem Nutzen. So bei unserem Wotan-Hans Bahling, dessen große Erzählung gestern mehr neu „einstudiert" als aus der Natur der Rolle heraus erklang. Gesäuberteres und Erklügeltes war auch bei unserer neuen Fricka-Emilia Poeßzert zu hören, aber das herrliche Stimmmaterial und die unverwüstliche Naturkraft des Temperamentes siegten denn doch. Wiederum fühlte sich unser Hunding-Mathieu Frank etwas unbehaglich, die Beengung mag auch stimmliche Ungleichheit erklären. . . War das Ganze nun eine wünschenswerte Neueinstudierung? Nun, das große Publikum war aufrichtig entzückt. Wir andern haben das Recht, unsere Bedenken zu sagen, so lange es noch an der Zeit ist. Scharfsinnige mögen noch die neuen Bühnenbilder betrachten, hierüber ein anderes Mal! Das Ende war erst kurz vor elf. Der Zettel gab 10 Uhr an. Das geht nicht.

A. Bl.

*

Neues Theater im Rosengarten

Avery Hopwood: Der Mustergatte

(Zum erstenmal)

Der Titel ist beinahe von Oskar Wilde — aber zu sagen: der Inhalt sei beinahe von Oskar Blumenthal, wäre falsch. Er ist viel besser. Und anscheinend viel unmoralischer. Aber der Schein trügt, und in diesem Schwank betrügt — niemand, wenn auch sehr viel davon geredet wird. Es wird ein bißchen mit der Unmoral gespielt darin. Aber außer Herrn Green, der im dritten Akt erwähnt wird, sind alle Beteiligten sehr brav. Und diesen Herrn Green entschuldigt seine geistige Verfassung: er hat einen Jammer — einen Jammer, dessen tägliche Wiederholung man durch Alkohol herbeiführen möchte, sieht man, mit wie zärtlichen Händen Mary, die appetitliche Jungfer, sonst Grete Bäck genannt, den Jammer zu bannen weiß. Einen Jammer hat auch Billie, der Mustergatte. Ein eckiges Individuum mit Fischblut in den Adern und sacharinsüßer Liebenswürdigkeit auf der Zunge; ein bißchen naiv in Kopf und Herz (dabei soll man ihm glauben, er sei auf der Bank, alle Achtung vor amerikanischen Bankbeamten!). Kurz, so ein Ekel, wie es auf der Schule uns die Musterschüler waren. Darum will sich seine Frau von ihm scheiden lassen, die aus lauter Verzweiflung ein bißchen zechelmechelt — ob in Ehren natürlich. Die Scheidung zu hintertreiben, wendet Billie sich an seinen Freund. Das ist auch ein Mustergatte und der patscht ihn auf mit Dingen, die er selbst nicht tut, niemals tun wird. Aber er macht ihre Notwendigkeit einleuchtend. Aber Billie, der Naiuling, quatscht. Hält nicht dicht. Bringt den armen Freund in den Verdacht, ein Lebemann zu sein, so daß die kleine Frau Blanche es mit der Wut kriegt und dieses Pärchen Billie und Blanche aus verschiedenen Motiven sich zusammenfindet — ob in Ehren, aber zuletzt in einem heftigen Räuschlein. Dabei ist Blanche gewiß ein „Mannräuschlein" — aber bei diesem feuchten tête à tête spielt der Cocktail eine größere Rolle als das Herz und der Eros. Wie sich das Ganze entwirrt, sehe man sich selber an. Herr Hopwood ist ein lustiger Mann, der Einfälle hat, seinen Schwank fast literarisch beginnt und ganz allmählich mit Hilfe des Alkohols in die turbulente Welt des Schwankes hinübergleiten macht. Der Dialog ist geschickt und nicht ohne Witz, die Situationskomik drastisch, ohne pfump herangezerrt zu werden. Ueberhaupt die Technik verrät das Geschick und einen gewissen Geschmack des Herrn Hopwood oder seines Bearbeiters Vogson. (Und man wünscht, es wäre ein deutscher Schwank, dem man das nachrühmen könnte.) Lustig ist es auf alle Fälle, und der Schlager für die nächsten Wochen im Rosengarten ist gefunden.

Dazu kommt eine Aufführung, die nach einigen Hemmungen zu Anfang, bald an Farbe und Munterkeit gewinnt. Sie ist ohne Aufdringlichkeit auf Wirkung angelegt und hat auch vom Spielleiter, Herrn Marx, einen Schuß Humor mitbekommen. Es wäre der Wirkung zuträglich, wenn in der Zechszene und im Finale des zweiten Aktes und auch im dritten Akte ein wenig gekürzt würde. Derartige Entlarvungsszenen über Gebühr gedehnt, verlieren an natürlicher Spannung. Vielleicht kann schon etwas mehr Tempo helfen. Gespielt wurde recht gut, nur vereinzelt mit ein wenig heftiger Lustigkeit. Slabeck ist der Musterpatte, wie er doppelt nicht sein soll — so, wie er sein soll! Köstlich; humorig, amüsant; ein Meister der andeutenden und ausdeutenden Mimik und Geste. Nur sollte er etwas pointierter sprechen. Seine Gattin, die das lämmchenhafte Ekel liebt, hatte in Else Hagen eine Vertreterin von guter Haltung, aber ihr Humor ist fast so fischkalt, wie Herrn Billies Herzblut, Eggerter schien ihr Bruder zu sein: beide müssen sich leichter, aufgelockerter geben, beweglicher in der Laune. Mehr Cocktail! Elvira Erdmann, charmant und elegant, auch unter dem Einfluß des Alkohols (außer ein paar leichten Ueberschreitungen, so im Spiel mit dem Haar, einem outrierten Kabarettos da und dort), noch graziös und innerlich an Ulk und Unfrieb beteiligt. Michels, zu wenig dankbarer Rolle verurteilt, verurteilte die Rolle zur Bedeutungslosigkeit. Aber das sind Dinge, die der augenblicklichen Wirkung keinen Abtrag tun. Man lacht, man lacht Tränen, und wenn man nachher daran geht, nachzuprüfen, so kommt man sich recht undankbar vor. Also denn voll Dankbarkeit für 2½ Stunden Ablenkung: es war lustig, unterhaltend und lehrreich für Ehemänner und Ehefrauen und solche, die es werden wollen. Mithin empfehle ich den Besuch.

hs.

MARCHIVUM

Städtische Nachrichten

Besichtigung des städtischen Kinderheims in Rheinau

Die Stadtverwaltung hat in dem Rheinauer Kinderheim eine überaus segensreiche Einrichtung geschaffen. Davon konnten wir uns überzeugen, als wir am Samstag nachmittag einer Einladung des Stadtrats Böttger zu einer Besichtigung folgten, die sich zugleich zu einer ungemein eindrucksreichen Einweihungsfeier gestaltete. Das Heim ist schon vor Monaten bezogen worden. Es wirft sich infolgedessen die Frage auf, warum mit der offiziellen Weihe, zu der mit der Presse die in der städtischen Jugendfürsorge tätigen Damen und Herren geladen waren, solange zugewartet wurde. Darauf ist zu antworten, daß man immer noch gehofft hat, daß ein edler Menschenfreund die Mittel für die Vervollständigung und Verbesserung der Einrichtung spenden würde. Diese Stiftung, mit der ein bleibendes Denkmal in den Herzen des Pflegepersonals und der im Heim untergebrachten Jugend errichtet wurde, ist bis jetzt nicht erfolgt. Vielleicht trägt diese Feststellung dazu bei, daß sich doch noch jemand findet, der der Stadtverwaltung hilfreich unter die Arme greift.

Das Kinderheim ist in der an der Relaisstraße gelegenen alten Rheinauschule untergebracht, die noch von der Gemeinde Seckenheim errichtet wurde. Der stattliche Bau, zu dem man durch einen Vorgarten gelangt, wurde mit der Erbauung der Hilda-Viktoriaschule frei. Die Schule selbst konnte die Tages- und Schlafräume aufnehmen, während durch einen rückwärtigen, in der Achse des Treppenhauses erstellten Anbau Räume für den Wirtschaftsbetrieb und ein großer Speisesaal gewonnen wurde, in dem die Einweihungsfeier vor sich ging. Der Anbau wurde durch einen Gang mit beiderseitigen Fenstern mit dem alten Haus verbunden. Die Treppenanlage büßte infolgedessen an Helligkeit nichts ein. Wohn- und Schlafräume sind vom Wirtschaftsbetrieb vollständig abgesondert. Im alten Gebäude befinden sich 1 Aufnahmezimmer, 1 Büro, 1 Wohnraum für die Vorsteherin, 4 Tagesräume für Knaben, je ein Tagesraum für Mädchen und für kleine Kinder, 4 Schlafsäle für Knaben, je ein Schlafsaal für Mädchen und für kleine Kinder. Diese Räume sind für 100 Kinder bestimmt. Weiter sind vorhanden: 1 Krankenzimmer, Waschräume für Knaben und Mädchen, 1 Nähstube und Wohnraum für Kindergärtnerinnen, Köchin und Hausangestellte. Im Anbau sind untergebracht: Die Küche mit Spülle, Speiseraum für das Küchenpersonal, 1 Brausebad für die Kinder, 1 Personenbad; im Obergeschoß der Speisesaal für 100 Kinder und 1 Speisezimmer für die Kindergärtnerinnen. Im Dachstock befinden sich Wohnräume für Hausangestellte und Schrankzimmer. Im Untergeschoß des Anbaues ist neben den Vorratskellern eine vollständig maschinell eingerichtete Wäscherei untergebracht. Das Haus besitzt Zentralheizung und elektrische Beleuchtung. Ein großer Hof bietet den Kindern Spielgelegenheit. In dem hinter dem Hause gelegenen Garten kann das nötigste Gemüse selbst gezogen werden, während in dem früheren Feuerwehrschuppen ein Kleintierstall eingerichtet werden soll. Mit dem durch das Hochbauamt ausgeführten Bau wurde im Mai 1922 begonnen. Der Einzug in das neue Heim erfolgte im Juni 1923.

Stadtrat Böttger, der Dezernent des städtischen Fürsorgewesens, warf in einer längeren Ansprache einen Rückblick auf die Entstehung des Kinderheims, das vorher in dem früheren Schulhaus in Käfertal untergebracht war. Der Bürgerausschuß bewilligte kurz nach Ausbruch des Krieges, im September 1914, für die innere Einrichtung 12 600 Mk. Mit der wachsenden Zahl der hilfsbedürftigen Kinder mußte sehr bald nach einer Erweiterungsmöglichkeit Umschau gehalten werden. In unmittelbarer Nähe befand sich eine Wirtschaft, die von dem Inhaber nicht mehr gehalten werden konnte. Die Stadtgemeinde erwarb das Anwesen zu einem selbst nach dem damaligen Geldwert lächerlich geringen Betrag. Die zwei Gebäude waren aber immer nur Notbehelf. Das eine, in dem der Schwamm saß, war so baufällig, daß eines Tages die Decke über dem Speiseraum einbrach. Es war nur einem glücklichen Zufall zu verdanken, daß niemand verletzt wurde. Dieser Unfall war Veranlassung zu dem Antrag, auf dem schnellsten Wege das Kinderheim anderswo unterzubringen. Die Wahl fiel auf die alte Rheinauschule. Im Frühjahr d. Js. bewilligte der Bürgerausschuß die zur Einrichtung und Erweiterung des Gebäudes erforderlichen Mittel im Betrage von 2 040 000 Mark aus den Ueberschüssen der städtischen Werke.

Die Anforderungen auf dem Gebiete der Jugendpflege und -fürsorge sind heute noch schlimmer als während des Krieges. Von den rund 100 Heimkindern ist nur ein ganz kleiner Teil in öffentliche Fürsorge genommen worden. Ein Teil ist aus irgendwelchen Umständen in der Familie sittlich gefährdet. Es war infolgedessen notwendig, diese Kinder in eine andere Umgebung zu verpflanzen. Ein größerer Teil gehört zu den Schulschwänzern. Die vorschulpflichtigen Kinder rekrutieren sich aus den Sprößlingen unehelicher Mütter, die ihren Lebensunterhalt verdienen und infolgedessen ihre Kinder unbeaufsichtigt lassen müssen. Die körperliche Erziehung und Pflege der Heimkinder liegt in den Händen seminaristisch ausgebildeter Kindergärtnerinnen, die unter Führung der Vorsteherin Frln. Schlier ihre Pflicht und Schuldigkeit mit rastlosem Fleiß und liebevoller Hingabe tun. Ganz besonderer Dank gebührt den Damen für die außerordentlich große Mühe, die der ziemlich komplizierte Umzug von Käfertal nach Rheinau verursachte. Diese Aufopferung übertrug sich auch auf die größeren Buben, die wochenlang mit dem Karren alle transportablen Einrichtungsgegenstände nach Rheinau beförderten. Die Erfolge in körperlicher Beziehung und erzieherischer Hinsicht sind ohne Uebertreibung durchaus zufriedenstellend. Es ist ganz auffallend, daß die Schulschwänzerei mit der Aufnahme in das Heim aufhört. Die Kameradschaft, die die Kinder im Heim finden, scheint in der Hauptsache den bessernden Einfluß auszuüben. Verschiedene Buben und Mädels mußten im Heim Aufnahme finden, weil sie den Eltern davonliefen und sich vagabondierend herumtrieben. Davon ist jetzt keine Rede mehr. Es ist sogar eine Reihe von Fällen zu verzeichnen, in denen Kinder, die zu den Eltern zurückgebracht wurden, sich im Heim wieder eingefunden haben, weil die Pflege hier eine bessere als die im Elternhause ist. Jedes Kind besitzt im Heime sein eigenes Bett, bekommt zur bestimmten Zeit sein Essen, wird nach bewährten Grundsätzen zur Ordnung, Reinlichkeit und Folgsamkeit erzogen. Stadtrat Böttger wandte sich mit väterlichen Worten auch an die versammelten Kinder, die aufmerksam seinen Ausführungen lauschten, und schloß mit dem herzlichen Wunsche, daß der gute Geist, der schon in den primitiven Räumen des alten Heimes herrschte auch in dem neuen segensreich wirken möge zu Nutz und Frommen der versammelten Jugend und der schwer geplagten Menschheit.

Oberbaurat Zizler, unter dessen Leitung dem Kinderheim vom städtischen Hochbauamt die jetzige Gestalt gegeben wurde, stellte fest, daß die Mittel so knapp waren, daß man sich bis zum äußersten einschränken mußte. Man konnte infolgedessen nicht, wie beabsichtigt war, durch inneren Umbau den alten Teil dem neuen Teil anpassen. Bei der Raumeinteilung wurde höchste Zweckmäßigkeit zu erreichen versucht. Die Trennung zwischen den Wirtschaftsräumen und den Schlafsälen entspricht allen Anforderungen. Die Belichtung ist so vollkommen, wie man es sich nur wünschen kann. Oberbaurat Zizler übergab das Heim mit dem Wunsche, daß es der Stadtgemeinde, den Kindern und der Allgemeinheit reichsten Segen bringen möge.

Die Kinder zeigten mit sinnigen Rezitationen, frisch-fröhlichen Gesängen und überaus anmutigen Schritt- und Tanzreigen, wie sie die Mußestunden auszunutzen wissen. Zwei Pflegerinnen sangen und begleiteten mit der Zupfgeige, als die Zöglinge ihren Ringelreigen mit wahrer Andacht tanzten, sangen dann noch ein Duett und vereinigten ihre Stimmen mit denen ihrer Kolleginnen und der Zöglinge zu einem harmonischen Schlußgesang. Man hatte das Gefühl, sich in einer großen Familie zu befinden. Der ausgezeichnete Eindruck, den schon die Feier hinterließ, wurde noch verstärkt durch den Rundgang, der durch die Räume angetreten wurde. Ueberall peinlichste Ordnung und Sauberkeit, überall spürte man den mütterlichen und hausfraulichen Geist, der die Vorsteherin und alle Pflegerinnen beseelt. Licht und Luft sind zur Genüge vorhanden. Die Dämpfe der gegenüberliegenden chemischen Fabriken beeinträchtigen in keiner Weise die guten Luftverhältnisse, und wenn man sich in die oberen Stockwerke begibt, kann der Blick über den nahen Kiefernwald hinweg bis zu der Bergkette des Odenwalds schweifen. Wir haben uns davon überzeugen können, daß in dem Heim alle Vorbedingungen dazu vorhanden sind, daß die Zöglinge, denen im Speisesaal ein Festschmaus, bestehend aus Kakao und Kuchen, serviert wurde, zu tüchtigen Menschen erzogen werden. Möge das Heim — das ist auch unser herzlicher Wunsch — immer in der Lage sein, seine edle Aufgabe in vollem Maße zu erfüllen.

Sch.

Kartoffelversorgung und Kartoffelpreis

Das Städt. Nachrichtenamt schreibt uns: Im Allgemeinen beginnt die Spätkartoffelernte Anfang Oktober. In diesem Jahre ist die Ernte aller Landesprodukte um 3—4 Wochen zurück. Infolgedessen liegt z. Zt. zu Befürchtungen, daß die hiesige Bevölkerung nicht genügend mit Kartoffeln versorgt werden würde, kein Grund vor. Die Belieferung einer Stadt von über 200 000 Einwohnern kann nur im Verlaufe einiger Wochen erfolgen. Bisher sind durch den Mannheimer Handel etwa 400 Eisenbahnwagen Kartoffeln aus Norddeutschland beigebracht worden; unterwegs sind etwa 150 Wagen. Erschwert wird die Versorgung dadurch, daß aus Süddeutschland, also Bayern, Württemberg, Pfalz, Hessen und insbesondere Baden, keine Kartoffeln in Wagenladungen geliefert werden. Der Handel ist also beim Bezug der Kartoffeln auf Norddeutschland angewiesen. Infolge der großen Entfernungen dauert der Transport 10—12 Tage, zudem werden durch die schlechten Witterungsverhältnisse die Verladungen unliebsam verzögert. Trotz dieser Erschwernisse jedoch dürfte bei einer ungestörten Entwicklung die Mannheimer Bevölkerung in etwa 3 Wochen mit Kartoffeln in der Hauptsache eingedeckt sein.

Die an sich hohen Kartoffelpreise rühren daher, daß die Landwirtschaft die Kartoffeln nur noch gegen Goldmark verkauft, zahlbar entweder in Goldanleihe oder zum Kurse des Dollarstandes am Tage der Verladung. Die Preisforderungen bewegen sich im allgemeinen zwischen 2 bis 2½ Goldmark ab norddeutsche Verladestation, hierzu kommen die Frachten, die Verteilungsspesen, der Fuhrlohn und der Nutzen der Groß- und Kleinhändler. Die Groß- und Kleinhandelspreise, die täglich im Benehmen mit dem Preisprüfungsamt festgesetzt werden, haben sich bisher stets weit unter dem Wiederbeschaffungspreis gehalten.

Die badische Regierung droht den Landwirten mit einer Zwangslieferungsumlage, wie aus folgenden Mitteilungen der „Karlsr. Ztg." hervorgeht: Mit Hilfe der Bürgschaftsaktion der Badischen Regierung und der Flüssigmachung von Krediten seitens der Reichsbank und der Badischen Bank ist die Zufuhr von Kartoffeln nach den Städten in den letzten Tagen wesentlich besser geworden. Inwieweit diese verstärkte Zufuhr ausreichend ist, um die Versorgung für die bevorstehende Kälteperiode sicher zu stellen, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Der Minister des Innern hat die Bezirksämter angewiesen, diese Frage zu prüfen und jene Gemeinden namentlich zu bezeichnen, für welche eine zwangsweise Belieferung seitens der Landwirtschaft in die Wege geleitet werden muß. Mit Schaffung einer wertbeständigen Mark hat die Badische Regierung den Landwirt vor dem Währungsverfall geschützt. Sein bisher berechtigt gewesener Vorwand, er könne nicht gegen Papiermark verkaufen, weil er dadurch völlig verarme, ist behoben. Man darf nunmehr billigerweise auf freiwillige Herausgabe überschüssiger Kartoffelvorräte rechnen. Landwirte, die ungeachtet der durch eine Kartoffelnot hervorgerufene Störung der öffentlichen Ordnung sich immer noch weigern sollten, Kartoffeln abzugeben, müssen mit einer Zwangslieferungsumlage in allernächster Zeit rechnen.

Der letzte Oktobersonntag

brachte eine kurze Pause in der regnerischen Witterung, die leider immer noch anhält. Als gestern um die Mittagsstunde Petrus wieder seinen Berieselungsapparat in Tätigkeit setzte, wurde von allen denen, die einen Nachmittagsspaziergang beabsichtigten, die Hoffnung auf trockenes Wetter aufgegeben. Umso größer war die Genugtuung, als es bald zu regnen aufhörte, die Wolkendecke zerriß und der blaue Himmel zum Vorschein kam. Der Hauptstrom der Spaziergänger bewegte sich nach dem Friedhof. Ungezählte Tausende pilgerten bis zum sinkenden Abend die Neckarpromenade entlang, um die letzte Ruhestätte teurer Angehöriger zu besuchen oder sich davon zu überzeugen, daß trotz der Milliardenpreise, die heute für Blumen bezahlt werden müssen, der pietätvolle Brauch, an Allerheiligen die Gräber mit einem sichtbaren Zeichen treuen Gedenkens zu schmücken, nicht nachgelassen hat. In der Hauptsache wurden wieder weiße und rotbraune Asternstöcke auf die Gräber gepflanzt. Auf dem neuen Friedhof waren schon gestern die meisten Gräber geschmückt. Aber auch der alte Teil glich einem gewaltigen Blumengarten. Bei dem Besuch des Kriegerfriedhofes mußte mit Bedauern festgestellt werden, daß durch die Ausgrabung der Franzosen die Geschlossenheit des Gräberfeldes völlig zerstört worden ist. Das Denkmal ist mit Asternrobatten umrahmt worden. Die Stadtgärtnerei hat hier mit der Verwendung des ihr zur Verfügung stehenden Blumenmaterials nicht gespart. Allgemein fiel es auf, daß am Denkmal kein einziger Kranz lag. Die militärischen Vereine halen die übliche Trauerfeier erst am Sonntag, 4. Nov. ab. Infolgedessen ist gestern das Niederlegen von Kränzen unterblieben. Wir möchten dies zur Orientierung aller derer, die ihr Befremden über die Leere vor dem Denkmal äußerten, feststellen, zugleich aber der Erwartung Ausdruck geben, daß die Stadtverwaltung wenigstens einen Kranz bis zu Allerheiligen niederlegen läßt.

Der Abend brachte den Theatern, Kaffeehäusern und Wirtschaften wieder starken Besuch, der für die Lokalinhaber sehr notwendig war, da in der verflossenen Woche die Milliardenpreise, die für Bier, Wein und Kaffee bezahlt werden müssen, sehr abschreckend gewirkt hatten.

* **Der Ankauf von Reichssilbermünzen** durch die Reichsbank erfolgt von heute ab bis auf weiteres zum 7 milliardenfachen Betrage des Nennwertes.

* **Ausgabe der Badenmark.** Die Badenmark, das wertbeständige Geld des Landes Baden ist am Samstag dem Verkehr übergeben worden, sodaß einzelne Karlsruher Betriebe dadurch in der Lage waren, das Gehalt ihrer Angestellten wertbeständig auszuzahlen. Die Badenmark ist ein Papierschein in der Größe des bisherigen 500-Millionenscheines auf weißem Papier mit blauem Grundton und trägt die Inschrift: „Goldschatzanweisung des Landes Baden über 4 Mark 20 Pfg. Gold = 1 Dollar (Nordamerika). Das Land Baden zahlt am 2. Mai 1927 an den Inhaber dieser Schatzanweisungen deren Nennwert von 4.20 Mk. Gold nebst Zinsen zusammen 4.90 Mk. Gold nach den umstehenden Bedingungen zurück. Karlsruhe 23. Okt. 1923. Badische Staatsschuldenverwaltung." Die Rückseite enthält die Bestimmungen über die Rückzahlungen.

* **Marken bis zu 50 Millionen Mark** stellt jetzt die Reichsdruckerei her. Sie haben alle das nichtssagende Markenbild mit dem fächerartig bedruckten Kreis und drei Schriftarten. Die Farben sind: 2 Millionen blauviolett, 4 Millionen hellgrün, 10 Millionen zinnoberrot, 20 Millionen blau, 30 Millionen rotbraun, 50 Millionen schwarzgrün.

* **Billionen-Markscheine** sind in Vorbereitung, da der Papiermarkzahlungsmittelbedarf bei der Reichsbank zur Zeit täglich mehr als eine Trillion = 1 Million Billionen beträgt, während sich die Produktion der Notenpresse zur Zeit auf 300 000 bis 400 000 Billionen beläuft. Es finden demgemäß starke Repartierungen der Geldanforderungen statt. Die Interimsscheine der Goldanleihe, die in kleinen Stückelungen ausgegeben werden sollen, befinden sich im Druck.

* **Ein Fernbrief 100 Millionen.** Unter dem Zwange der Geldentwertung mußte die Postverwaltung die zum 1. November festgesetzten, in den Zeitungen bereits bekanntgegebenen Gebühren für Briefsendungen und Pakete des Inlandsverkehrs verdoppeln. Der einfache Fernbrief kostet sonach ab 1. November 100 Millionen, die Fernpostkarte 40 Millionen. Weitere voraussichtlich sehr beträchtliche Erhöhungen stehen zum 5. November bevor.

* **Für raschere Abfertigung des Publikums an den Postschaltern.** Ein Zeichen dafür, daß die Klagen, die allerorten über die zu langsame Abfertigung des Publikums an den Postschaltern erhoben werden, Berechtigung haben, ist folgende von Berlin kommende amtliche Mitteilung: Zahlreiche Klagen über zu langsame Abfertigung an den Postschaltern haben dem Reichspostminister Veranlassung gegeben, den Dienststellen die schleunige Abfertigung des Publikums erneut zur Pflicht zu machen. Die Postanstalten haben dafür zu sorgen, daß stets genügend Schalter für den Verkehr geöffnet sind. Für den Schalterdienst sind nur solche Beamte auszuwählen, die sich dafür besonders eignen. Großer Wert ist auf schnelle Abfertigung derjenigen Personen zu legen, die nur einzelne Sendungen aufliefern oder kleine Mengen von Wertzeichen einkaufen. Für Massenaufliefe-rungen sind tunlichst besondere Schalter vorzusehen, oder es sind Beamte hinter den Schaltern dafür zu bestimmen. Postwertzeichen der gangbarsten Sorten sind zum Verkauf in kleinen Mengen an allen Briefannahmeschaltern, u. U. auch an den Paketannahmeschaltern bereit zu halten. In den Stunden des stärkeren Verkehrs sind bei größeren Aemtern Beamte in Dienstkleidung mit der Regelung des Verkehrs in den Schaltervorräumen zu beauftragen, die das Publikum in dem Aufsuchen der richtigen Schalter zu unterstützen und in minder wichtigen Angelegenheiten Auskunft zu erteilen haben. Ist bei der wirtschaftlichen Notlage des Reiches, die die Postverwaltung dazu zwingt, mit möglichst wenig Personal auszukommen, eine sofortige Besserung auch nicht immer möglich, so verspricht sich die Verwaltung von diesen Maßnahmen doch eine allmähliche Besserung der Schalterverhältnisse, namentlich, wenn auch das Publikum Geduld übt und Rücksicht auf die Schwierigkeiten nimmt, unter denen die Schalterbeamten heute arbeiten müssen. Zur beschleunigten Abfertigung an den Schaltern kann das Publikum sehr wesentlich dazu beitragen, daß es die Geldscheine nach Sorten geordnet, bei hohen Beträgen kassenmäßig verpackt, übergibt und die Zahlung mit kleinen Geldscheinen möglichst vermeidet."

* **Die Gültigkeit der Demobilmachungsverordnungen über die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und Angestellten** läuft am 31. Oktober ab, sodaß eine Verlängerung der Geltungsdauer erforderlich wird. Die Reichsregierung hat nunmehr diese Verlängerung bis einschl. 17. November beschlossen. Bis dahin ist mit der Verabschiedung des vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit, das die Demobilmachungsverordnungen ersetzen soll, zu rechnen, da der Reichstag voraussichtlich wieder am 6. Nov. zusammentritt.

* **Einzahlung von Steuern.** Die Einzahlung der öffentlichen Abgaben bei den Finanzkassen beanspruche, so wird uns von zuständiger Seite geschrieben, unter den heutigen Verhältnissen meistens eine geraume Zeit, weil sich die meisten Steuerpflichtigen die zu zahlenden Beträge erst ausrechnen lassen. Kommen sie dann von den Veranlagungsstellen oder der Finanzbuchhaltungen zu den Kassen, dann geht auch das Abnehmen des Geldes durch die Kassiere nur langsam von statten, weil man bei den öffentlichen Kassen alle Geldscheine über kleine Beträge, die man sonst nicht mehr leicht abgenommen bekommt, losbringen will. Der Abnahme solcher kleinen Geldscheine steht nichts im Wege, doch müssen sie übersichtlich sortiert und bei größeren Mengen gebündelt sein. Wer das nicht beachtet, kann mit einer sofortigen Abfertigung nicht rechnen.

* **Die griechischen Konsulate.** Die griechische Regierung hat die Amtsbezirke der griechischen Konsulate Baden wie folgt abgegrenzt: Konsulat Mannheim: Kreis Mannheim und Mosbach sowie bis auf weiteres Karlsruhe und Heidelberg. Vizekonsulat Baden-Baden: Kreise Baden, Freiburg, Konstanz, Lörrach, Offenburg, Villingen und Wolfach.

Theater und Musik

⊙ **Wohltätigkeitskonzert in der Christuskirche.** Da es zu Gunsten der Armen- und Krankenschwestern-Station war, freute man sich des überfüllten Gotteshauses von ganzem Herzen. Mit dem Aufgebot zahlreicher Mitwirkender war es der ernste Wille des Kapellmeisters Max Sinzheimer, das Konzert zu einer klingenden Feier zu gestalten. Daß dies mißlang, daran war einzig und allein die Zusammenstellung des Programms schuld. Das Collegium musicum des Freien Bundes und die Stamitzgemeinde haben es sich ja wie bekannt, zum Grundsatz gemacht, alte Musik wieder hervorzustöbern, obwohl die Musikübung unserer Zeit sich im allgemeinen nur um die musikalische Produktion der letzten zwei Jahrhunderte kümmert und in der Konzert- und Kirchenmusik die Werke eines Bach, Händel, in der dramatischen Musik die Opern Händels und Glucks die Grenzscheide zwischen antiquierter und lebensfähiger Kunst bilden. Es muß ja zugegeben werden, daß zwischen der Epoche eines Lasso und Palestrina und der Epoche eines Bach, Händel, Gluck, ebenfalls eine hohe Musikkultur herrschte, unter der, abgesehen von der historischen Bedeutung, viel des dauernd Wertvollen und Mustergültigen zu finden ist. Trotzdem konnte ich mich des Gedankens nicht erwehren, wie viel herrlicher es gewesen wäre, wenn Herr Sinzheimer den Fleiß und die Arbeit zu Werken verwendet hätte, die für die Ohren des 20. Jahrhunderts mehr zu bedeuten haben. Liegt nicht eine große Anzahl ernster Kompositionen noch in halber Vergessenheit? Dufay, der seine Motette mit Instrumentalbegleitung zur Einweihung des Domes zu Florenz im Jahre 1436 geschrieben hat, ist wohl einer der bedeutendsten Komponisten der Niederlande, die jahrhundertelang der päpstlichen Kapelle in Rom ihre besten Sänger und Gesänge geliefert hat. Von ihm stammen die ältesten kontrapunktischen Messen, die in den päpstlichen Archiven aufbewahrt werden. Aber sein Kontrapunkt wirkt als Ganzes gezwungen und starr, und die Zusammenklänge sind, wie schon gesagt für unsere Ohren hart und leer. Musikalisch wertvoller war die A-Moll-Suite des sächsischen Komponisten Hermann Schein, obwohl auch hier die achtungsvolle Aufmerksamkeit durch die Wiedergabe enttäuscht wurde. Die bedeutendste Leistung war außer Arno Landmanns trefflicher Toccata cromatica E-Moll von Kerll und Präludium und Fuge Fis-Moll von Buxtehude, die biblische Szene „Der zwölfjährige Jesus im Tempel" für Soli und vierstimmigen Chor, Streichorchester und Orgel des großen Vorläufers Bach, Heinrich Schütz. Hier endlich fanden sich Sänger und Instrumentalisten zu einem Ganzen zusammen, und die Wirkung war eine rhythmisch gute zu nennen. Die Mitwirkenden: Frau Ida Schatt-Eberts, Fräulein Hanfel Str., die in künstlerischer Beziehung an der Spitze standen, Herr Kurt Uß, ein Schüler Landmanns, Herr Erich Frohwein sowie ein Knabenchor haben ihr redlich Teil dazu beigetragen.

Das Konzert begann mit 20 Minuten Verspätung, eine Unsitte, die hoffentlich nicht dauernd wird.

H. Lz.

Kunst und Wissenschaft

⊙ **Das Ueberlinger Münster.** Die Städte und Städtchen am Bodensee: Konstanz, Meersburg, Ueberlingen sind reich an Zeugen und Zeugnissen mittelalterlicher Kultur und Baudenkmäler. Mit das Schönste bietet Ueberlingen in der Baugruppe Pfennigturm, altes Rathaus, Delberg und Münster. Letzteres ist schwer gefährdet. Es wird schon seit Jahren daran gesichert, restauriert und gebaut. Wie so viele Bauten des Mittelalters ist es leichtfertig fundiert, zudem aus dem weichen Molassestein der Bodenseegegend errichtet. Das große Kirchenschiff mit dem mächtigen Dach ist ohne Seitenstreben, bei starkem Winddruck aufs Dach fehlt die Gegensicherung. Im Schiff gerieten Säulen aus dem Lot, atmosphärische Einflüsse und Grundfeuchtigkeit zermürbten außen und innen den Stein. So mußte der Bau von Grund aus sichergestellt werden, damit nicht eines Tages die ganze Münsterherrlichkeit in Schutt und Staub zusammengesunken wäre. Diese vordringlichsten Sicherungsarbeiten sind zum Teil ausgeführt, doch harren im Innern noch weitere Teile der Fertigstellung. Schon liegen die Werksteine bereit, doch fehlen die Mittel zur Weiterführung der Arbeit. Es droht Gefahr des Steckenbleibens des ganzen Unternehmens, bei dem es sich nicht etwa um eine „Renovierung" im landläufigen Sinn, sondern um Erhaltung eines der ehrwürdigsten und originellsten Baudenkmäler der mittelalterlichen Kultur am Bodensee handelt. Alle Freunde des Bodensees und seiner Kunstdenkmäler, Freunde des einzig schönen Städtebildes und des herrlichen alten Münsters sollten hier helfend eingreifen!!

⊙ **Der medizinische Nobelpreis** für 1922 wurde zu je einer Hälfte dem Professor der Physiologie am University College in London, A. V. Hill für seine Forschungen betreffend die Wärmetönung im Muskel und dem Professor der Physiologie in Kiel O. Meyerhof für seine Entdeckung des Verhältnisses zwischen dem Sauerstoff- und Milchsäureverbrauch im Muskel verliehen. Den Preis für 1923 erhielten Dr. F. G. Banting und Professor J. R. Macleod in Toronto gemeinschaftlich für ihre Entdeckung des Insulins.

⊙ **Das Krebsheilmittel von Prof. Matsushita.** Ausländischen Blättern entnehmen wir die Nachricht, daß das von Prof. Matsushita in Tokio erfundene Krebsheilmittel, das aus chinesischen Pflanzen gewonnen, in Japan angeblich 30 bis 35 Proz. aller, auch schwerer Fälle, geheilt haben soll, nunmehr den maßgebenden Stellen in Europa z. B. dem Institut für Krebsforschung der Universität Heidelberg, zur praktischen Erprobung übergeben wurde.

MARCHIVUM

* **Mindestfahrpreis auf der Straßenbahn 4 Milliarden.** Die von Direktor Löwit angekündigte Tariferhöhung steigert sich vorläufig noch nicht auf 6 Milliarden für die kürzeste Strecke, wird aber wohl nicht mehr allzulange auf sich warten lassen. Von morgen Dienstag ab kosten 1—5 Teilstrecken 4, 6—7 Teilstrecken 6, 8 und mehr Teilstrecken 8 Milliarden. Die weiteren Fahrpreise sind in der Anzeige des Straßenbahnamtes in dieser Nummer angegeben.

* **Wertbeständigkeitsrabatt bei Zahlung mit Goldanleihe im Ladengeschäft.** Führende Firmen des Groß-Berliner Einzelhandels gewähren, wie „Die Textil-Woche" mitteilt, bei Zahlung mit Goldanleihe oder Dollarschatzanweisungen den Käufern im Ladengeschäft einen Wertbeständigkeitsrabatt von 5 Proz. Eine Anzahl namhafter Geschäfte ist auch dazu übergegangen, wertbeständige Warenbons auszugeben, die beim Kauf in Zahlung gegeben werden und es dem Publikum ermöglichen, allmählich größere Festmarkbeträge für die notwendigen Einkäufe zurückzulegen. — Mit diesen Vergünstigungen würde auch die Kundschaft des Mannheimer Einzelhandels einverstanden sein.

* **Die badische Schulzeitung,** das Vereinsblatt des Badischen Lehrervereins, bringt in ihrer jüngsten Nummer die Mitteilung, daß sie bis auf weiteres nur noch als Nachrichtenblatt erscheinen kann. Die bisherige Ausgabe ist durch die immer erschreckender werdende Geldentwertung und durch den säumigen Einzug der Beiträge unmöglich geworden.

* **Keine Abzugsfähigkeit der Umzugskosten nach dem Orte einer neu erlangten Anstellung.** Ein Steuerpflichtiger mußte zum Antritt einer neuen Stellung in einen anderen Ort übersiedeln, wofür Umzugskosten entstanden sind, die er von seinem steuerpflichtigen Einkommen als Werbungskosten im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes abgezogen haben will. Diesem Verlangen kann nach einer Entscheidung des Reichsfinanzhofes nicht stattgegeben werden. Es ist zwar richtig, daß er ohne die Uebersiedelung die Stelle nicht hätte übernehmen und das damit verbundene Einkommen nicht erwerben können. Damit kann aber der Abzug der Umzugskosten als Werbungskosten noch nicht gerechtfertigt werden. Das Einkommensteuergesetz von 1920 hat den in den früheren Landesgesetzen, insbesondere im preußischen Einkommensteuergesetz, vorgesehenen Abzug der Werbungskosten übernommen. Unter den Werbungskosten versteht das Gesetz das gleiche, wie die früheren Landesgesetze, nämlich die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einkünfte gemachten Aufwendungen. Die Begründung (Seite 46) bemerkt dazu ausdrücklich: „Der Begriff der Werbungskosten ist von der Wissenschaft und der Rechtsprechung im allgemeinen fest umgrenzt, so daß es hier einer eingehenden Erläuterung nicht bedarf." Der Gesetzgeber war sich demnach darüber klar, daß der Begriff Werbungskosten im wesentlichen die gleiche Auslegung erfahren soll, wie unter der Herrschaft der früheren Landesgesetze und der dazu ergangenen Rechtsprechung. Hier aber wurde stets daran festgehalten, daß nicht schon irgendeine entfernte Beziehung zu den Einkünften genügt, sondern daß die Aufwendungen um Werbungskosten zu sein, unmittelbar für die Einkünfte gemacht sein müssen. Es wurde unterschieden zwischen den unmittelbar auf die Einkünfte aus bestehenden Quellen gerichteten Verwendungen und den auf die Erwerbung oder Erweiterung bestehender Einnahmequellen gerichteten unmittelbar das Vermögen berührender Verwendungen. Zu den Werbungskosten wurden daher Aufwendungen für die Erwerbung und Einrichtung der Einnahmequellen nicht gerechnet. Hieran muß auch für das Gebiet der Reichseinkommensteuer nach dem Gesetze von 1920 festgehalten werden, wenn auch sonst dieses Gesetz die Quellentheorie aufgegeben hat. Dies ergibt sich auch aus § 13 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes 1920. Denn wenn hiernach schon Kosten für Geschäftserweiterungen nicht abzugsfähig sind, so können noch viel weniger Kosten der Begründung eines Geschäftes oder eines Anstellungsverhältnisses zum Abzug zugelassen werden. Die Umzugskosten betreffen daher ausschließlich die Erwerbung einer Einnahmequelle und stehen zu den Einkünften aus dieser Quelle lediglich in einer mittelbaren, nicht aber in einer unmittelbaren Beziehung. Es ist daher nicht angängig, sie als Werbungskosten im Sinne von § 13 Abs. 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes zum Abzug an den Einkünften zuzulassen. (Urteil vom 20. September 1923 VI e A. 94/23.)

Veranstaltungen

⊙ **Reimanns lustiger Abend?** Lustiger Abend war groß auf den Plakatsäulen angekündigt, und was war es? Blödsinn in x-ter Potenz. Dieser Ausdruck stammt nicht von mir, sondern von verschiedenen Herren, die genau wie ich nach der ersten Pause weggingen, da ihnen die Darbietungen zu bunt waren. Bitte nicht falsch zu verstehen: nicht bunt in der Auswahl, sondern derart schlecht, daß es kaum begreiflich ist, daß der volle Saal sich so etwas bieten ließ. Gemurrt wurde vielfach und zwar recht deutlich. Man hatte mir gesagt, Reimann sei s. Zt. in der Libelle recht gut gewesen. Die gestrige Vortragsart hat jedoch abgestoßen; man wurde nicht klug, was Herr Reimann eigentlich wollte und bezweckte. Seine Zwischenbemerkungen waren größtenteils alles nur nicht geistreich. Herr Reimann soll nicht etwa meinen, daß seine „einfältigen Bemerkungen über die Presse" diese Kritik veranlaßt haben. Er hat der Presse „Unsachlichkeit und Schmierenlassen" vorgeworfen: Ich wollte deshalb nur sachlich urteilen. W. Müller.

Kommunale Chronik

Dringende Vorstellungen der badischen Städteverbände bei der Regierung zur Beseitigung der durch die Geldentwertung hervorgerufenen Schwierigkeiten.

Die gegenwärtige Not der Bevölkerung und die Schwierigkeiten, in welche die Stadtverwaltungen durch die Geldentwertung gekommen sind, veranlaßte die badischen Städteverbände zu einer dringenden Vorstellung bei der Regierung. Oberbürgermeister Dr. Finter-Karlsruhe, Dr. Gugelmeier-Lörrach, sowie Renner-Rastatt und der Geschäftsführer der Städteverbände Timme schilderten eingehend die Verhältnisse.

Dabei wurde vor allem von den Städten dringend gefordert, daß die Beschaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels beschleunigt wird. Die Lohn- und Gehaltsempfänger seien ohne ein solches Zahlungsmittel außerstande, die zur Fristung ihres Lebens notwendigen Waren rechtzeitig zu beschaffen. Verschärft habe sich die Lage durch die neuerlichen Einschränkungen der Reichsregierung, die für den Devisenmarkt getroffen worden seien. Namentlich in Oberbaden hätten diese Einschränkungen zu Schwierigkeiten in der Lebensmittelbeschaffung geführt. Dringend wurde die Regierung ersucht, in aller Eile die Kredite zur Beschaffung von Mehl und Kartoffeln zur Verfügung zu stellen und die hierfür zugelassenen Wechselkredite auf wenigstens vier Wochen in Papiermark zu erstrecken. Wenn die badische Regierung daran gehe, eine eigene wertbeständige Mark herauszugeben, müsse strengstens darauf geachtet werden, daß diese Geldzeichen in erster Linie zur Mobilisierung der Ernte für die verbrauchende Bevölkerung zu verwenden seien und nicht zum Hamster- und Spekulationsobjekt werden.

Die neue reichsgesetzliche Regelung für die Unterstützung der Erwerbslosen wurde ebenfalls besprochen und mit aller Dringlichkeit von den Städten verlangt, daß die badische Regierung weiterhin eine reichliche Finanzierung der Erwerbslosenfürsorge vornehme. Schließlich wurde von den badischen Städtevertretern hingewiesen, daß die durch die Not der Stunde gebotenen Maßnahmen besser durchgeführt werden könnten, wenn eine einheitliche Regelung im Einvernehmen mit dem Nachbarstaate Württemberg und den übrigen Nachbarstaaten erfolge.

Erhöhung des Goldmarkdarlehens für den Hanauer Mainhafen

Das Goldmarkdarlehen für den Hanauer Mainhafen wird von 200 000 auf 400 000 Goldmark erhöht. Der Hanauer Stadtverordnetenversammlung ist vom Magistrat eine Vorlage zugegangen, in der es u. a. heißt: Die durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 16. August genehmigte Darlehnssumme von 200 000 Goldmark wird nach den Erfahrungen der letzten Wochen nicht zur Fertigstellung der Mainhafenbauten ausreichen. Damit der Magistrat bei den bereits schwebenden Verhandlungen mit Geldgebern die Möglichkeit besitzt, auch für größere Darlehnsbeträge fest zuzusagen, erscheint es notwendig, dahingehende Beschlüsse der Körperschaften herbeizuführen. Als Sicherheit für die Bewilligung des Golddarlehens können erstens die Erlöse aus dem Verkaufe von Mainhafengelände dienen, ferner die zu erwartenden Erlöse aus der Verwertung der Kasernen in Hanau.

Ueber das Verhalten der Angestellten bei den Wohnungsämtern

wird oft bittere Klage geführt. Die Wohnungsämter erfreuen sich nun einmal beim Publikum nicht allzu großer Sympathie, denn einmal können sie das große Verlangen nach neuen Wohnungen nur wenig erfüllen und zweitens ist der Verkehr der Angestellten mit dem Publikum nicht immer sehr angenehm. Wenn es sich nur um den mehr oder weniger höflichen Ton handelt, so könnte man darüber zur Tagesordnung übergehen. Ernster sind dagegen die Klagen zu nehmen, die häufig über das gesetz- oder pflichtwidrige Verhalten der Angestellten bei den Wohnungsämtern verlauten. Wenn auch nicht alle Klagen, die erhoben werden, einer näheren Prüfung standhalten, so sind doch namentlich in der Reichshauptstadt Fälle vorgekommen, bei denen das gerichtliche Nachspiel für das Wohnungsamt sehr ungünstig ausging. Auch die Stadtverordnetenversammlungen haben sich schon öfter mit dieser Angelegenheit befaßt und in Berlin hat jetzt ein Ausschuß, der obengenannte Klagen bearbeitet, vom Magistrat eine Auskunft über einige Fragen verlangt, deren Beantwortung die Oeffentlichkeit außerordentlich interessieren wird: Erstens: wieviel Angestellte oder Beamte von Berliner Wohnungsämtern sind bisher gerichtlich oder disziplinarisch wegen solcher Fälle bestraft worden? Zweitens: bei welchen Wohnungsämtern sind solche Fälle vorgekommen? Drittens: wieviel Angestellte und Beamte sind deswegen entlassen und wieviele versetzt worden. Kl.

Kleine Mitteilungen

Die Heidelberger Straßenbahn mußte den Preis für den Einzelfahrschein auf eine Milliarde erhöhen, für den Fahrschein aus dem Heft 750 Millionen ℳ. Das mag teuer erscheinen, und wirkt sich leider so aus, weil eben die Benutzer der Straßenbahn keine Goldmarkbezüge haben, aber in Wirklichkeit bedeutet eine Milliarde heute nur noch reichlich sechs Pfennige!

In Karlsruhe sind die Fahrpreise der Straßenbahn um das Zweieinhalbfache erhöht worden. Danach beträgt der Preis für eine Strecke bis fünf Teilstrecken 1500, über fünf Teilstrecken 2250 Millionen. Fahrscheinhefte bis zwei Teilstrecken mit 12 Scheinen kosten 9000, mit sechs Scheinen 4500 Millionen, bis fünf Teilstrecken mit 12 Scheinen 15 Milliarden.

Zur Beseitigung der plötzlich eingetretenen Zahlungsmittelnot hat die Stadt Freiburg mit Genehmigung der Regierung Notgeldscheine im Nennwert von je 10 Milliarden Mark in den Verkehr gebracht.

In Mainz sind die Fahrpreise bei der städtischen Straßenbahn entsprechend den Teilstrecken, 2, 4, 7, 12 und 20 auf folgende Beträge in Milliarden ℳ erhöht worden: a) für Einzelfahrscheine 1,5, 2, 2,5, 3, 3,5; b) für Fahrscheinbündel mit 11 Fahrscheinen für zwei Teilstrecken 15; für sieben Teilstrecken 25; für Fahrscheinbündel mit 20 Fahrscheinen für vier Teilstrecken 36; für zwölf Teilstrecken 54; c) für Wochenfahrkarten 13,5, 18, 22,5, 27, 31,5; d) für Wochenfahrkarten für Schüler und Lehrlinge 4,5, 6, 7,5, 9, 10,5; e) Kriegsbeschädigtenkarten 10; Dienstfahrkarten 22,5.

In Frankfurt ist der Gaspreis von 2,160 auf 2,430 Milliarden erhöht worden.

In Stuttgart kosten jetzt auf der Straßenbahn Fahrscheine bis zu zwei Teilstrecken 500 (von Dienstag an 800, bis zu vier Teilstrecken 700 bezw. 900, mehr als vier Teilstrecken 800 Mill. bezw. eine Milliarde; Fahrscheinhefte 2550 bezw. 4080 Mill., Nachtzuschlag, Kinder und tarifpflichtiges Handgepäck je 100 bezw. 200 Mill. Zur Begründung wird angeführt, daß sich die Löhne verfünffacht haben und daß auch die Strom- und Materialpreise wieder sehr erheblich gestiegen sind. Die täglichen Ausgaben der Straßenbahnen belaufen sich jetzt auf 41 Billionen.

In München wurden die vorläufigen Gas- und Stromgebühren der städtischen Werke wie folgt neu festgesetzt: Gaspreis: 1 cbm 1,750,000,000 ℳ, bei Münzgasmesseranlagen 1,751,000,000 ℳ, eine Wertmarke für Automatengasmesser 1,100,000,000 ℳ. Strompreis: für Beleuchtung (Lichtstrom) 1,000,000,000 ℳ für die Kilowattstunde, für andere Zwecke (Kraftstrom) 700,000,000 ℳ für die Kilowattstunde.

Aus dem Lande

Die Rückkehr der Ruhrkinder in die Heimat

wird in den nächsten Tagen stattfinden. Die Badische Landesgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtspflege stellt zu diesem Zwecke in Donaueschingen und Heidelberg zwei Transporte zusammen. Die Kinder aus dem Schwarzwald und der Bodenseegegend werden im Laufe des Montags gesammelt und in Donaueschingen untergebracht. Die Weiterfahrt erfolgt mit dem Eilzug 2.27 Uhr am Dienstag, 30. Oktober. Die Kinder treffen abends 6.50 Uhr in Karlsruhe ein, werden daselbst gespeist und treten mit dem Schnellzug 11.05 Uhr die Weiterfahrt an. Die Kinder aus dem badischen Mittellande und dem Odenwald werden im Laufe des 30. Oktober in Heidelberg versammelt und treten die Weiterreise zusammen mit dem Oberländer Transport am selben Tage mit dem Nachtschnellzug Heidelberg ab 11.58 Uhr an. Die Ankunft in Hagen (Westfalen) erfolgt am Mittwoch, 31. Oktober, gegen 9 Uhr morgens. Von hort werden die Kinder in ihre Heimatbezirke weitergeleitet. Da es nicht möglich ist, genau festzustellen, in welchen Gemeinden sich noch Ruhrkinder befinden, werden die Bürgermeister- und Pfarrämter gebeten, die in Frage kommenden Kinder auf die genannten Termine an die oben bezeichneten Sammelstationen zu bringen oder verbringen zu lassen. Das Fahrgeld wird nach Vereinbarungen mit dem Reichsverkehrsministerium vorläufig gestundet. Gemeinden, denen die vorgeschriebenen Formulare nicht zugegangen sind, wollen die Kinder mit einem Notausweis ausrüsten.

*

* **Lahr,** 26. Okt. Die Frau des Polizeiwachtmeisters Frey erlitt infolge eines plötzlichen Schreckens einen Herzschlag, der ihren sofortigen Tod herbeiführte. Sie hinterläßt ihrem Manne drei unmündige Kinder.

* **Altenheim** b. Kehl, 26. Okt. Wahrscheinlich infolge Brandstiftung ist die mit Futtervorräten gefüllte Scheuer des Hirschwirts Spengler wiedergebrannt. Der Schaden wird auf 9000 Goldmark geschätzt.

* **Zell a. H.,** 26. Okt. Die an Schwermut leidende, im 59. Lebensjahre stehende, ledige Fabrikarbeiterin Therese Maier entfernte sich um Mitternacht durch das Fenster aus ihrer Wohnung und ertränkte sich in einem kleinen Weiher am alten Wald, in dem sie von Waldarbeitern aufgefunden wurde.

Gerichtszeitung

Eine lehrreiche Verhandlung für die Geschäftswelt

Wie man nicht kalkulieren darf.

Eine lehrreiche Verhandlung für die Geschäftswelt spielte sich vor der Wuchterabteilung des Amtsgerichts Frankfurt ab. Am 7. August erschien in einem Möbelgeschäft eine Dame und erkundigte sich (es war vormittags) nach dem Preis einer Klubgarnitur, der ihr mit 180 Millionen bezeichnet wurde. Als die Dame nachmittags die Garnitur kaufen wollte, erschrack sie über den nun geforderten Preis von 490 Millionen ℳ. Der Geschäftsleiter hatte sich nun wegen Preisstellung inländischer Zahlungsmittel auf ausländischer Währungsbasis zu verantworten, und er gab zu, daß er umkalkuliert habe, weil inzwischen der Dollar erheblich gestiegen war. Die Betriebsspesen, wie Gehälter, die mit 30 Prozent, der Gewinn, der mit 20 Prozent berechnet waren, setzte er entsprechend der eingetretenen Markentwertung in die Höhe. Der Vorsitzende meinte angesichts dieser Kalkulationsmethode, daß der Angeklagte die Löhne und die Ladenmiete doch sicher nicht sofort nach dem Dollarkurs bezahle, während er den Gewinn nach dem Dollarstand berechne, was der Beschuldigte auch zugeben mußte. Der Staatsanwalt beantragte wegen des Verstoßes gegen die Devisenverordnung eine Geldstrafe von 800 Milliarden ℳ. Es handele sich hier um einen Fall höchster Reinkultur. Jeder Kaufmann suche sich gegen die Geldentwertung zu schützen, aber in der Weise, wie der Angeklagte dies getan habe, daß er einfach alles in Dollar oder auf Goldmark umrechnete, dürfe es nicht geschehen. An der Verarmung des Landes müßten alle Kreise teilnehmen; wenn aber alles auf Dollarbasis umgerechnet werde, dann trage der Kaufmann dazu bei, daß Arbeiter und Angestellte ausgepowert würden. Der Verteidiger bestritt, daß der Angeklagte zwar auf ausländischer Währungsbasis kalkuliert habe, die Preisstellung aber nicht danach erfolgt sei. Es liege auch kein Meinhandelsverkauf vor. Es frage sich übrigens, ob die Verarmung auf seiten des Kaufmanns heute nicht größer wie auf seiten der Angestellten sei. Der Angeklagte habe nicht den vollen Dollarkurs berechnet, sondern sei darunter geblieben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Vergehens gegen die Devisenverordnung vom 8. Mai d. J. zu 3 Tagen Gefängnis und 5 Milliarden Mark Geldstrafe. Die Freiheitsstrafe wird bedingt erlassen, wenn der Angeklagte eine Buße von 500 Milliarden Mark zahlt.

Das Gericht stellte fest, daß der Angeklagte glatt gelogen habe, er verlange 490 Millionen Mark, weil der Dollar so gestiegen sei. Es handele sich hier um einen Unfug weiter Kreise der Frankfurter Kaufmannschaft. Wenn die Dollarwährung eingeschoben wird, so wird die deutsche Währung vollständig außer Kraft gesetzt und es besteht die Gefahr, daß der Kaufmann auf diese Weise nicht nur den Einkaufspreis in Dollar kalkuliert, sondern auch den Verkaufswert. Wenn das in Frankfurt so weiter geschehe, wie es jetzt schon der Fall sei, so würde der Kreis der Festbesoldeten bald durch den Kleinkaufmann aufgesogen sein. Es sei nicht richtig, daß der Kleinkaufmann fortwährend sein Vermögen verringert, sondern er vermehrt seine Substanz und er tut dies dadurch, daß er seine Preise berechnet. Die Höhe der Strafe verdanke der Angeklagte dem Umstand, daß andere es unterlassen sollen, was er mache. In der Urteilsbegründung wurde ferner auch auf den Unfug verwiesen, daß die Kaufmannschaft bei ihren Berechnungen stets den Dollar mit 4 statt mit 4,25 anzunehmen pflege, und die Ernsthaftigkeit betont, die in der Tabellenberechnung nach dem Dollarkurs liegt.

*

⚖ **Schwurgericht Offenburg.** Im Rathaus in Schiltach fand eine Sitzung des Schwurgerichts Offenburg statt. Angeklagt ist der Fabrikarbeiter Wilhelm Wohrle von Schiltach, der am 20. April ds. Js. den Fabrikanten Hermann Korndörfer durch einen Schuß, den er nachts vom Schloßberg aus gegen die Korndörfersche Fabrik abgab, ermordet haben sollte. Zu der Verhandlung waren etwa 30 Zeugen geladen. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen nach Mord und Totschlag, bejahten aber die Hilfsfrage nach fahrlässiger Tötung, worauf Wohrle zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. 5 Monate und 3 Wochen Untersuchungshaft wurden angerechnet.

⚖ **Ein krasser Fall von Profitgier.** Durch Anzeigen aus dem Publikum und benachbarter Metzger wurde man auf das Treiben eines Metzgermeisters in der Trierischengasse in Frankfurt aufmerksam, der aus dem Laden heraus verhaftet und dem Marktgericht vorgeführt wurde, das in der Lage war, festzustellen, daß ein selten krasser Fall von Profitgier vorlag. Der Metzgermeister hatte in der Zeit vom 14. bis 20. Oktober prime Ochsenfleisch zu 80 Millionen ℳ das Pfund eingekauft und das Fleisch zurückgehalten, um es nach eingetretener Geldentwertung zu bedeutend höherem Preis, zuletzt für 720 Millionen ℳ pro Pfund abzusetzen. Um einen recht großen Nutzen zu erwirken, hielt er zunächst am Montag seinen Laden geschlossen, und die Kunden, die dort am Mittwoch erschienen, standen abermals herabgelassenen Läden gegenüber. An der Tür prangte ein Schild mit der Aufschrift, daß der Laden wegen Krankheit der Frau geschlossen war. Es ergab sich aber, daß der Metzger im Kühlraum im Schlachthof eine Menge Rindervierteln hängen hatte, daß er pro Woche sieben Stück Großvieh schlachtete, daß er im Laden nur minderwertige Stücke hängen hatte, und daß er, wenn Kunden von einem Rindervierteln etwas haben wollten, ihnen bedeutete, er habe jetzt nicht die Zeit zum Zerlegen und Auslbeinen. Das Marktgericht verurteilte den Metzger zu 6 Wochen Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe und verfügte die sofortige Inhaftierung des Meißers, sowie daß die Strafe in den Tageszeitungen publiziert und das Urteil in seinem Laden ausgehängt werden soll.

⚖ **Die Räuberherberge im Walde.** An das Wirtshaus im Spessart erinnerte eine Verhandlung, die das Schwurgericht des Landgerichts III Berlin gegen den Gastwirt Kretschmer aus Havelhausen bei Oranienburg beschäftigte. Die Anklage besagte, daß er in der Nacht vom 16. zum 17. März 1922 einen Gast seines Lokals, den Arbeiter Rißmann, überfallen und seiner Barschaft beraubt habe. Gegen Kretschmer war bereits im vorigen Jahre wegen einer großen Anzahl von Betrugs- und Diebesfällen vor der Strafkammer in Berlin verhandelt worden. Die Zeugen hatten bekundet, daß er ihnen die Zechen mit doppelter Kreide angeschrieben und daß er sie auch, wenn sie bei ihm Nachtquartier nahmen, des Inhalts ihrer Brieftaschen beraubt habe. Kretschmer wurde damals zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Alle diese Zeugen waren auch in dieser Schwurgerichtsverhandlung wieder erschienen und verblieben bei ihren damaligen Behauptungen. Der beraubte Arbeiter Rißmann schilderte in sehr drastischer Weise, wie ihn nach einem großen Zechgelage der Angeklagte mitten in der Nacht aus der Scheune, in der er übernachtete, in den Saal des Lokals gehelt, dort mit einem Ochsenziemer verprügelt und mit einem Revolver bedroht habe. Kretschmer habe ihm dann seinen ganzen Arbeitsverdienst aus den letzten Wochen abgenommen. Der Angeklagte wollte sich an nichts mehr erinnern. Er schützte Betrunkenheit vor. Er erhielt eine Strafe von 2½ Jahren Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahr und zwei Monaten Untersuchungshaft.

Sportliche Rundschau

Die sonntägigen Fußballwettkämpfe

Die gestrigen Fußballwettkämpfe im Rheinbezirk.

Der gestrige Sonntag war von besonderer Bedeutung. Zum ersten Male seit 1914 standen sich Mannschaften von diesseits und jenseits des Rheins im Verbandsspiele gegenüber. Dazu war der Tag reich an Sensationen. Der erste Waffengang zwischen dem alten Odenwald und Pfalzkreis bestätigte nicht die so oft gerühmte Spielstärke der Pfälzer. Hoch mit dem sensationellen Ergebnis 6:0 schlugen die Mannheimer Rasenspieler die 1903er aus Ludwigshafen und nur mit Mühe und Not konnte der Bezirksmeister Phönix Ludwigshafen die stark verjüngte Mannschaft seines Mannheimer Namensvetters besiegen. Unerwartet und für viele doch nicht überraschend kamen der Sieg Feudenheims über Pfalz-Ludwigshafen. Die schußgewaltigen Feudenheimer lassen eben nicht mit sich spaßen. Nur Pirmasens rettete die Ehre des Pfalzkreises und schlug Waldhof mit 3:1 aus dem Felde. Nur Phönix-Ludwigshafen ist jetzt noch unbesiegt. Ob es in 8 Tagen auch noch so glücklich sein wird. So wird das Treffen Phönix-Ludwigshafen—Waldhof am nächsten Sonntag von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Der neueste Tabellenstand:

Vereine	Spiele	Gew.	Unent.	Verl.	Punkte	Tore
Phönix Ludwigshafen	5	4	1	—	9	17:8
Waldhof	4	3	—	1	6	12:5
V. f. R. Mannheim	4	2	1	1	5	11:5
Feudenheim	4	2	—	2	4	10:6
Pirmasens	3	1	1	1	3	6:7
Pfalz Ludwigshafen	4	1	1	2	3	5:5
1903 Ludwigshafen	4	—	1	3	1	4:17
Phönix Mannheim	4	—	1	3	1	3:15

In der Kreisliga des Neckarkreises wurde die Ausgeglichenheit der Spielstärke erneut bestätigt. In nicht weniger als 3 von den 5 angesetzten Treffen gab es weder Sieger noch Besiegte. Die Spiele Käfertal—1910 Schwetzingen, Germania Friedrichsfeld—Vorwärts-Mannheim sowie 07-Mannheim—98-Schwetzingen endeten unentschieden mit dem gleichen 1:1 Ergebnis. Der Tabellenführer V. f. B. Neckarau setzt seinen Weg ungehindert fort. V. f. B. Heidelberg wurde mit einer 4:1 Niederlage abgeschüttelt. Einen harten Kampf gab es um den 2. Platz zwischen Hertha und 08 Mannheim. Ein einziges Tor brachte in diesem Treffen den Lindenhöfern Sieg und Punkte. S.

V. f. Rasenspiele Mannheim — 1903 Ludwigshafen 6:0 (2:0) Ecken 2:3.

Die 1903er hatten durch ihr letztsonntägiges 4:4-Resultat gegen den Bezirksmeister von sich reden gemacht. Dieser Kampf wurde daher mit Spannung erwartet, da die Frage nach dem Sieger sehr ungewiß war. Der Kampf war auch weit härter, als das Resultat vermuten läßt. Die Gäste lieferten in den ersten 40 Minuten ein zeitweise stark überlegenes Spiel. Der Sturm machte der V. f. R.-Hintermannschaft schwer zu schaffen, er arbeitete glänzende Torchancen für sich heraus, die trotz der guten Abwehrarbeit der Einheimischen unbedingt bei etwas mehr Glück zu Erfolgen hätten führen müssen. Mit Energie wurde in dieser Zeit um den Sieg gerungen. Die Frage nach dem Sieger schien sehr offen, ja man mußte den Zitronen mehr Siegesaussichten zusprechen. So nahte torlos die Halbzeit, als V. f. R. überraschend 2 gutgelungene Vorstöße zu Toren ausnützen konnte. Den Führungstreffer erzielte Schmitt, der eine Vorlage Herbergers geschickt ausnützte und wuchtig einsandte. Schon 2 Minuten später brachte ein Flankenvorstoß Ullrichs durch Herberger den zweiten Erfolg. So konnten die Rasenspieler etwas unverdient mit einem schönen Vorsprung in die Pause gehen.

Nach dem Wechsel fanden sich die Gäste garnicht mehr zusammen, sie hatten sich vor der Pause doch zuviel zugemutet, sie erlagen jetzt vollständig dem Tempo. Der blaue Sturm, unterstützt durch lustemnolle Läufer, beherrschte die Lage, auch die aufopfernde Verteidigung der Ludwigshafener konnte die weiteren Erfolge nicht verhindern.

MARCHIVUM

Noch 4 Tore mußten die Pfälzer hinnehmen und so mit 6:0 eine recht bittere Niederlage einstecken. V. f. R. hatte seinen Sturm umgestellt. Für Breitenbacher stürmte Ullrich rechtsaußen, während Bleß und Förschner den linken Flügel besetzten. Die Umstellung war recht erfolgreich, die Arbeit des linken Flügels vorzüglich. Das 5. Tor Förschners war eine Prachtleistung. — Bei den 1903ern haben Bräunig und Schalk sich wieder zu den schwarzgelben Farben zurückgefunden, sie bedeuten für die Elf eine Verstärkung. Der Sturm ist gut, sollte jedoch größere Ausdauer besitzen. Bewundernswert ist der Kampfgeist der Elf; trotz des hohen Torsegens wurde der aussichtslose Kampf mit Energie immer wieder aufgenommen. Der Ehrentreffer wäre redlich verdient gewesen. S.

Mannheimer Fußballklub 1908 — Hertha 1910 1:0.

Mit diesem knappen Ergebnis hat 08 wohl die gefährlichste Klippe umschifft, denn der Sieg war bis zur letzten Minute in Frage gestellt. Hertha schlug sich äußerst tapfer. Ein Unentschieden hätte eher dem Spielverlauf entsprochen. Wenn auch die Lindenhöfer unter dem fast nicht spielfähigen Platz sehr zu leiden hatten, so waren sie auf einen solchen Widerstand doch nicht gefaßt. Den Platz umsäumte eine ungewohnt große Zuschauermenge, als der Schiedsrichter ziemlich verspätet das Zeichen zum Anspiel gab. 08 trägt seine Angriffe schön vor, der Rechtsaußen flankt zur Mitte, Albrecht erwischt das Leder und sendet unhaltbar ein (5. Minute). Es sollte das einzige Tor des Tages sein. Hertha läßt sich durch diesen unerwarteten Erfolg nicht entmutigen und drängt in der Folge ganz beängstigend, besonders ist es der Rechtsaußen, der oft bis zum Strafraum vordringt, jedoch die 08-Verteidigung erweist sich als schwer zu nehmendes Hindernis. In der 25. Minute jagt Herthas Mittelstürmer das Leder in die Maschen, das Tor wird jedoch wegen vorherigen Abseitspfiff nicht gewertet. Auf beiden Seiten werden unzählige Chancen ausgelassen; 08's schönste Kombinationen bleiben im Sande stecken, während sich Hertha auf dem gewohnten Platz besser zusammenfindet. Nach Halbzeit drängt Hertha mächtig zum Ausgleich, jedoch die gute Verteidigung rettet den Roten Punkte und Sieg. 08 konnte heute nicht ganz gefallen; nach Halbzeit trat eine starke Ermüdung ein, die auf den schweren Boden zurückzuführen ist. Der beste Teil waren Mittelstürmer, Rechtsaußen, Mittelläufer und die Verteidigung. Bei Hertha erwies sich der Sturm als ganz gefährlich, besonders Rechtsaußen, doch vor dem Tore fehlt die Durchschlagskraft. Schiedsrichter etwas ungenau in seinen Entscheidungen. M. St.

Weitere Ergebnisse:

Bezirks-Ligaspiele.

Rheinbezirk:

Phönix Mannheim — Phönix Ludwigshafen 2:2.
V. f. R. Mannheim — 1903 Ludwigshafen 6:0.
Pfalz Ludwigshafen — Feudenheim 1:0.
F. C. Pirmasens — Sportverein Waldhof 1:2.

Mainbezirk:

Spv. Frankfurt — Viktoria Aschaffenburg 3:1.
Eintracht Frankfurt — Spv. Offenbach 1:1.
V. f. R. Kickers Offenbach — Helvetia Frankfurt 3:2.
Hanau 93 — Sptl. Bürgel 4:2.

Bezirk Bayern:

Spv. Fürth — 1. F. C. Nürnberg 0:2.
Bayern-München — M. F. V. Fürth 6:1.
Wacker München — Fv. Nürnberg 1:2.
Schwaben Augsburg — 1860 München 4:5.

Bezirk Württemberg-Baden:

Kickers Stuttgart — 1. F. C. Pforzheim 3:0.
V. f. R. Heilbronn — Sptl. Stuttgart 1:1.
F. C. Mühlburg — 98 Feuerbach 0:1.

Bezirk Rheinhessen-Saar:

05 Trier — Alemania Worms 4:1.
T. u. Spgde Höchst — Fv. Biebrich 0:0.

Kreisliga.

Neckarkreis:

Hertha Mannheim — 08 Mannheim 0:1.
V. f. L. Neckarau — V. f. B. Heidelberg 4:1.
98 Schwetzingen — 07 Mannheim 1:1.
Germania Friedrichsfeld — Vorwärts Mannheim 1:1.
Sp. Käfertal — 1910 Schwetzingen 1:1.

Odenwaldkreis:

Spvg. Sandhofen — 98 Darmstadt 2:2.
V. f. R. Bürstadt — Fv. Weinheim 0:1.
Olympia Lorch — Olympia Lampertheim 1:0.

Vorderpfalzkreis:

Union Ludwigshafen — Konkordia Friesenheim 1:0.
V. f. R. Friesenheim — Fv. Frankenthal 2:1.
V. f. R. Oggersheim — Spvg. Mundenheim 1:2.
Arminia Rheingönheim — Fv. Landau 1:2.
Fv. Speyer — 1904 Ludwigshafen 0:1.

Kreis Hinterpfalz:

M. Tv. Pirmasens — Fv. Kaiserslautern 1:0.
Pfalz Pirmasens — V. f. R. Kaiserslautern 0:1.

Die sonntägigen Pferde-Rennen

Dresden

Preis von Liebstadt. 4500 ℳ. 1400 Mtr. 1. Convention (Krüger), 2. Lehnsgraf (D. Schmidt), 3. Maralda (Rosina). Unplaziert: Violand, Osterlied, Herzliesel, Kiel in die Welt, Bonation, Fata Morgana. Tot.: 19:10; Platz 14, 15, 22:10. — Preis von Falkenstein. 4500 ℳ. 1600 Mtr. 1. Habicht (Rastenberger), 2. Credo (Korte), 3. St. Thomas (Kelff). Unplaziert: Mädchenschaft, Habanera, Rosa, Granit, Adelei. Tot.: 30:10; Platz: 14, 34, 17:10. — Zweijährigen-Ausgleich. 8000 ℳ. 1400 Mtr. 1. Sigrune (Korte), 2. Sonnenschein (D. Schmidt), 3. Baronesse (Krüger). Unplaziert: Satanas, Sansrisancar, Boras, Fontamora, Eisenritter, Semendria. Tot.: 18:10; Platz: 14, 15, 27:10. — Preis von Leutstetten. 4500 ℳ. 3000 Mtr. 1. Teres (v. Herber), 2. Waffenbund (Hantke), 3. Mancico (Walter). Unplaziert: Brenner, Haidensohn, Kentucky. Tot.: 13:10; Platz: 12, 14:10. — Winterpreis. 11 000 Mark. 2000 Mtr. 1. Williger (Rastenberger), 2. Rastelbinder (Olejnik), 3. Mainberg (Jentsch). Unplaziert: Humboldt, Merowinger II, Hütger. Tot.: 15:10; Platz: 11, 12:10. — Jungmannen-Rennen. 5000 ℳ. 1800 Mtr. 1. Schneeberg (Krüger), 2. Rebella (Dreißig), 3. Berseba (Jentsch). Unplaciert: Caracas, Finsteraarhorn, Felsenrose, Ahnenprobe, Hangspiel. Tot.: 51:10; Platz: 18, 19, 12:10. — Schlenderhaner-Ausgleich. 6000 ℳ. 1600 Mtr. 1. Angelus (D. Schmidt), 2. Gildrich (Rastenberger), 3. Van Robert (Rosch). Unplaziert: Privore, Gracie, Bergmeister, Marone, Elie, Marchese, Condor, Mazeppa II, Fridolin, Galoppe, Ultimo. Tot.: 47:10; Platz: 17, 16, 33:10.

Pferdesport

ks. Jockeybestrafungen. J. Staudinger hat 30 Milliarden zu zahlen, weil er ohne stichhaltigen Grund einen für den Grafen Bernstorff-Goldenstern-Ausgleich in Hoppegarten (13. Oktober) angenommenen Ritt abgesagt und im gleichen Rennen ein anderes Pferd geritten hat. — W. Dertel wurde in eine Geldstrafe von 3 Milliarden genommen, weil er nach der Lipsia in Leipzig einen seiner Kollegen im Jockeyzimmer geschlagen hat. — A. Kränzlein und P. Sewicki sind mit je 750 Millionen ℳ (!) bestraft worden, da sie am Start des Haupt-Jagdrennens in Karlshorst den Anordnungen des Starters keine Folge leisteten.

Rugby.

* Rugbytag in Hannover. Eine in Hannover abgehaltene außerordentliche Tagung des Deutschen Rugbyverbandes wurde nach der „Frkft. Ztg." von Paul Simon-Frankfurt geleitet. Nach dem Bericht des Vorsitzenden hat sich im letzten Halbjahr die Mitgliederzahl vervierfacht. Neugründungen erfolgten in Leipzig und Wien. Verhandlungen mit englischen und holländischen Mannschaften scheiterten an den hohen Kosten. Neu aufgenommen in den Verband wurden der Akademische Sportklub Leipzig und die Vereinigung Siemens in Berlin; die neue Rugbyabteilung der Frankfurter Eintracht wird bald hinzukommen. Der Vorsitzende dankte dem Sportklub 80 Frankfurt, der zum Spiel Nord-Süd am 28. Oktober in Frankfurt die Mittel zur Reise der norddeutschen Mannschaft vorschußweise zur Verfügung stellte, und gedachte zum Schluß des Ablebens von Hugo Strauß-Frankfurt, der sich um die Rugbysache sehr verdient gemacht habe. Von wichtigen Satzungsänderungen seien erwähnt: Die Kopfsteuer wird in Goldpfennigen eingezogen und beträgt für das laufende Halbjahr 8 Pfg. pro Kopf. Das amtliche Organ des Verbandes wird stets auf dem ordentlichen Rugbytag jährlich einmal bestimmt. Für das nach laufende Jahr wurde der „Deutsche Rugby-Fußball-Sport", Hannover, als Organ gewählt. Alle Vereine sind verpflichtet, für jede gemeldete oder spielende Mannschaft Pflichtexemplare abzunehmen, mindestens aber 20 Stück. Zum Schluß wurde mit allen Stimmen gegen eine ein Antrag angenommen, der dem Vorstand volles Vertrauen ausspricht und die Disqualifikation von Hermann Meister-Rg. Heidelberg wegen fortgesetzter Beleidigung des Verbands gutheißt.

Boxen

ks. Erminio Spalla und Piet van der Veer, die beiden Schwergewichtsmeister von Italien und Holland, werden sich auf Grund eines Beschlusses der internationalen Boxunion innerhalb eines Monats im Kampf um den Titel als Europameister abermals gegenüberstehen.

Aus Handel und Industrie

Goldmark-Giroverkehr des Großhandels

Der Zentralverband des deutschen Großhandels beabsichtigt, mit Devisenbanken an allen Bankplätzen des Reiches Verträge über Errichtung eines Goldmarkgiroverkehrs für seine Mitglieder abzuschließen, damit ein Ueberweisungsverkehr zwischen allen Handelsplätzen möglich ist. Hierüber teilt der Verband mit: Die Verträge überlassen es den Vereinbarungen zwischen Bank und Bankkunden, ob die Bankgoldmarkgutschrift nur gegen Einzahlung von Devisen oder auf Dollarschatzanweisungen Einräumung eines Goldmarkkredits gegen Rückzahlung in Devisen oder Papiermark eröffnet. Der Verband nimmt an, daß die Goldmarkguthaben bald gehandelt werden und dann eine bequeme Deckung auch für den Kleinhandel bieten. Da der Handel vielfach mit ausländischen Krediten oder Lieferantenkrediten auf Basis ausländischer Valuta arbeitet, habe man sich nicht auf die Zugrundelegung von Dollarschatzanweisungen oder Goldanleihe beschränken können, sondern eine sichere Auslandswährung als Grundlage wählen müssen. Man erwartet, daß viele Besitzer von Devisen diese einzahlen werden. Denn sie erhalten damit eine Goldmarkverzinsung für ihre Devisen und Noten und außerdem seien sie der Gefahr des Verlustes, Diebstahls oder der Beschlagnahme entgangen. Der Großhandelsverband hat sich vom Reichswirtschaftsminister die rechtliche Unbedenklichkeit bestätigen lassen. Es bestehe kein Zweifel mehr, daß der Goldmarkgiroverkehr auf Devisenbasis, wenn er sich bei Devisenbanken abspielt, gesetzlich zulässig ist, ferner daß Devisenbanken auch Privatpersonen ein Goldmark-Bankkonto einrichten dürfen. In dem Schreiben des Wirtschaftsministers wird übrigens ein Entschluß der Regierung darüber angekündigt, ob sie für die Zukunft dem Ueberweisungsverkehr auf der Basis der Goldmark oder des Rentenbankscheins den Vorzug gibt. Dies werde wesentlich davon abhängen, ob die Reichsbank Kredite auf der Basis der Goldmark oder des Rentenbankscheins geben wird.

Rentenmark und Goldanleihe

Der geschäftsführende Ausschuß der Kartellstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat über die Bewertung der verschiedenen Zahlungsmittel den Beschluß gefaßt, die Rentenmark zum Nennwert anzunehmen. Die Gutschrift von Dollarschatzanweisungen und Goldanleihescheinen und ähnlichen Anleihescheinen soll nach freier Vereinbarung zum Nennwert oder zu dem am Zahlungstage letztbekannten amtlichen Einheitskurse der Berliner Börse erfolgen.

Wie die Blätter melden fand eine Besprechung zwischen den Vertretern des deutschen Nahrungsmittelgroßhandels und des Verbandes der Berliner Kaufleute in der Kolonialwarenbranche sowie dem Leiter der Wucherabteilung des Berliner Polizeipräsidiums statt, worin die Frage der wertbeständigen Bezahlung eingehend besprochen wurde. Von heute Montag ab soll im Berliner Lebensmittelhandel eine doppelte Preisberechnung und Auszeichnung vorgenommen werden. Die Händler sind verpflichtet, die Preise für die Waren sowohl in Papiermark als auch in Goldmark anzuzeigen. Die Rentenmark und die Goldanleihe wird also überall als Zahlungsmittel bereits Gültigkeit haben; auf der anderen Seite behält das Papiergeld bis auf weiteres seine Gültigkeit.

Eisenbahntarife auf Goldmark

Die Handelskammer Mannheim teilt uns mit, daß die Eisenbahn-Verwaltung voraussichtlich ab 1. November ihre sämtlichen Tarife auf Goldmark einstellen wird. Die jetzigen Tarifmarkbeträge sollen dabei als Goldmark angenommen werden. Weitere Einzelheiten sind darüber bis jetzt nicht bekannt. Als notwendige Folge dieser neuen Handhabung ist mit einer Erstellung der Ersatzleistungen der Reichsbahn, wie auch der Erstattung zuviel erhobener Frachten auf Goldmarkgrundlage zu rechnen.

A.-G. Süddeutsche Lederwerke in St. Ingbert

Nach dem jetzt vorliegenden, die Zeit vom 1. Juli 1922 bis 30. Juni 1923 umfassenden Geschäftsbericht erscheint als wesentlichstes Merkmal dieser Berichtsperiode die Auswirkung der Verordnung der Regierungskommission des Saargebietes vom 18. Mai 1923, durch welche mit Wirkung ab 1. Juni 1923 als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel im Saargebiet die französische Währung gilt. Ueber die dadurch notwendig gewordene Umstellung des Aktienkapitals sowie auch der Bilanz aus der Mark- in die Frankenwährung ist in der G.-V. Beschluß zu fassen. Gleichzeitig wird die Eröffnungsbilanz in französischen Franken zur Vorlage gebracht. Der Fabrikationsgewinn wird mit 127 097 Fr. ausgewiesen, wovon Abschreibungen 8700 Fr., Generalunkosten 82 807 Fr. und Reparaturen 19 463 Fr. erforderten, so daß ein Reingewinn von 16 086 Fr. verbleibt zu folgender Verwendung: 5 Fr. Dividende je Stammaktie 10 000 Fr., Gewinnanteil auf Vorzugsaktien 1500 Fr., Vergütungen usw. 3047 Fr., Ueberweisung an den Unterstützungsbestand 1489 Fr. Das Ergebnis wurde wesentlich beeinflußt durch den 100tägigen Bergarbeiterstreik im Saargebiet und die seit Januar bestehenden Verkehrsschwierigkeiten im besetzten Gebiet. Da der Bedarf an Rohmaterialien und Kohlen nicht mehr gedeckt werden konnte, war die Gesellschaft genötigt, den Betrieb in St. Ingbert während dreier Monate stillzulegen; der Betrieb in Biebermühle mußte sogar noch länger ruhen. Nach Fertigstellung des neuen Verwaltungsgebäudes wurde das Dienstgebäude Luitpoldstraße 10 wieder verkauft.

Nach der Eröffnungsbilanz gliedert sich das Aktienkapital in 25 000 Fr. in 200 Vorzugsaktien zu 125 Fr., 1 500 000 Fr. Stammaktien, 3000 Stammaktien zu 500 Fr., davon sind 1500 Stammaktien voll bezahlt durch Umtausch, 500 Stück noch zu zahlen durch Bezug und 1000 Stück mit ¼ einzuzahlen, Rest bei Bedarf auf Anfordern. Der Reservefonds enthält 152 500 Fr., der Erneuerungsfonds 50 000 Fr., die Talonsteuerrücklage 10 000 Fr., der Unterstützungsfonds 10 000 Fr. Den 196 196 Fr. Kreditoren stehen 149 071 Fr. Debitoren und 758 000 Fr. Vorräte gegenüber. Die Grundstücke sind mit 10 000 Fr., die Gebäude mit 210 000 Fr. und die Maschinen mit 65 000 Fr. eingestellt. Utensilien, Mobilien und Fuhrpark sind abgeschrieben. Infolge der ungeklärten Verhältnisse vermöge man nicht zu sagen, wie sich die Lage in Zukunft gestalten werde.

* **Enzinger-Werke A.-G. in Worms.** Die Gesellschaft beruft nunmehr ebenso wie die Union-Werke Mannheim zum 12. November eine ao. G.-V. ein mit dem Antrag auf Erhöhung des Grundkapitals um 5½ auf 37½ Mill. ℳ durch Ausgabe von 5000 Stück neuer, auf den Inhaber lautender Stammaktien zu je 1000 ℳ und durch Ausgabe von 500 Stück den bestehenden Vorzugsaktien gleichgestellter, auf den Inhaber lautender und mit zehnfachem Stimmrecht ausgestatteter Vorzugsaktien zu je 1000 ℳ. Ferner sollen Wahlen zum Aufsichtsrat vorgenommen werden.

* **Einzelhandelsausschußsitzung der Handelskammer für den Kreis Mannheim.** Unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der Handelskammer, Michael Rothschild, tagte nach längerer Pause der Einzelhandelsausschuß der Handelskammer, dem die zahlreichen Probleme der Gegenwart reichliche Gelegenheit zur Aussprache boten. Dr. Krieger erstattete Bericht über das gegenwärtige Preisberechnungsverfahren im Mannheimer Einzelhandel. Der Vorsitzende behandelte dann in einem eingehenden Referat die Wirkungen der Bankbedingungen für den Einzelhandel und die Schwierigkeiten des Regulierungs- und Zahlungsverkehrs. Präsident Lenel sprach zur allgemeinen Lage und besonders auch über die gegenwärtige Verteilung der Steuern zwischen Reich, Ländern und Kommunen. Ferner wurden noch die Schwierigkeiten im telegraphischen Ueberweisungsverkehr und andere Postfragen behandelt.

* **Badische Film-A.-G. „Bafag", Heidelberg.** Dieser Tage fand im „Schwarzen Schiff" eine ao. G.-V. der Bad. Film-A.-G. statt, die, da der Vorstand des Aufsichtsrats zurückgetreten und der stellvertretende Vorsitzende Fabrikant Heinrich Todt, Pforzheim, verhindert war, von dem Aufsichtsratsmitglied Fabrikant Dr. Neuhaus, Schwetzingen, geleitet wurde. Sachlich stieß, wie wir dem Hdlb. Tagebl. entnehmen, die Erledigung der Tagesordnung auf formelle Schwierigkeiten, da die Eintragung der von der vorigen G.-V. bewilligten Kapitalerhöhung noch nicht möglich war. Der Bericht des neuen Vorstandes Dir. Lommel, der nach Ausscheiden des bisherigen Vorstandes Harry Meyer die Leitung der Bafag übernommen hat, und die Berichte, die zum Stande der Dinge gegeben wurden, lassen erkennen, daß unter der neuen Leitung planvoll und energisch an der Sanierung der Bafag gearbeitet wird, wozu auch eine von der G.-V. gewählte Kommission beitragen soll, deren Aufgabe es sein wird, bis zur nächsten G.-V. alle Vorgänge seit Gründung der A.-G. zu klären.

* **Spinnerei und Webereien Zell-Schönau A.-G. in Zell im Wiesental (Baden).** Das Stammkapital soll um einen noch nicht genannten Betrag erhöht werden. Ferner wird die Umwandlung der Vorzugsaktien Lit. C. in gebundene Namensaktien beantragt (ao. G.-V. 20. November).

* **Gabriel Herosé A.-G. in Konstanz.** Das am 31. März beendete Geschäftsjahr schließt mit einem Rohertrag von 1,71 Milliarden (i. V. 16,57 Millionen) ℳ ab. Nach Abzug der Unkosten und Abschreibungen verbleibt ein Rohgewinn von 13,16 (0,43) Mill. ℳ. In der Bilanz sind Vorräte mit 703,11 (19,78), flüssige Mittel mit 10,44 und Schuldner mit 521,32 (7,31) Mill. ℳ ausgewiesen, denen 1,22 Milliarden (26,22 Millionen) ℳ gegenüberstehen.

* **Keine weitere Erstattung von Mehrtransportkosten.** Wie uns die Handelskammer mitteilt, hat der Reichsverkehrsminister mit einem Telegramm vom 27. Oktober mit sofortiger Wirkung das Verfahren zur Rückerstattung von Mehrtransportkosten, die durch die Besetzung entstanden sind, eingestellt. Bereits eingereichte Gesuche, die sich noch in der Schwebe befinden, gelten als abgelehnt.

* **Meurersche A.-G. für Spritzmetallveredelung, Berlin.** In Kürze wird der Antrag auf Zulassung der Aktien zum offiziellen Börsenhandel gestellt werden. Gegenwärtig werden die Aktien lediglich am Markt der unnotierten Werte gehandelt. Der Antrag auf Zulassung wird gestellt werden, sobald die Zulassung der Aktien an der Essener und Düsseldorfer Börse genehmigt worden ist. Der Geschäftsgang bei der Gesellschaft ist im allgemeinen zufriedenstellend. Das Lohngeschäft liegt allerdings zurzeit etwas ruhiger, während anderseits das Auslandsgeschäft recht lebhaft ist.

* **Zigarrenfabrik August Beck A.-G. in Eßlingen a. N.** Die Verwaltung beantragt eine Kapitalerhöhung um bis zu 34 Millionen ℳ auf bis zu 50 Mill. ℳ, wobei 1 Mill. ℳ neue Vorzugsaktien geschaffen werden sollen. Die neuen Aktien sollen für das laufende Geschäftsjahr voll dividendenberechtigt sein. Vorher soll die ao. G.-V. (15. November) zwei Kaufverträge, Grundstücke in Eßlingen betreffend, genehmigen.

* **Kapitalerhöhung der Schnellpressenfabrik Heidelberg.** Die Schnellpressenfabrik A.-G. Heidelberg in Heidelberg (Richard Kahn-Konzern) will ihr Kapital erhöhen, und zwar um 67 Mill. ℳ Stamm- und 3 Mill. ℳ Vorzugsaktien Buchst. B. mit 12fachem Stimmrecht auf 120 Mill. ℳ. Auf der Tagesordnung der nach Berlin einberufenen ao. G.-V. stehen ferner Aufsichtsratswahlen.

Devisenmarkt

Devisennotierung in Köln

* Köln, 27. Oktbr. Wie der Börsenvorstand der Kölner Börse mitteilt, soll vom Montag, den 29. Oktober ab erneut der Versuch gemacht werden, die Kursnotierung für Devisen auf der Basis für die Berliner Notierungen zustandezubringen. Notiert werden sollen bis auf weiteres nur Holland, Paris, Belgien, New York, London und die Schweiz.

Waren und Märkte

Amerikanischer Funkdienst

New York, 27. Oktbr. (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).

	26.	27.						
Kaffee loco	11.45	11.45	Zuf. aus.	80000	91000	Mauf wt	14.—	14.—
Dezemb.	9.17	9.15	Elektrolyt	12.50	12.50	Grad. Bal.	2.75	2.75
März	8.45	8.44	Zinn loko	42.87	47.37	Zucker Centrif	4.88	4.96
Mai	8.02	8.12	Blei	6.75	6.75	Terpentin	200.—	100.—
Juli	7.88	7.88	Zink	6.37	6.37	Savannah	100.—	92.60
Septbr.	7.75	7.74	Eisen	22.75	22.75	N. Orl Baum	30.50	30.50
Baumw. loco	31.75	31.75	Weißblech	5.50	5.50	Weizen rot	124.25	124.—
Septemb.	—.—	—.—	Schmalz wt.	14.05	14.05	Hart loko	124.75	124.50
Oktober	30.75	30.72	Talg	8.15	8.50	Mais loko	116.51	114.75
November	30.67	30.68	Baumwollöl	12.50	12.5	Mehl niedr. Pr	5.25	5.25
Dezember	30.05	30.18	Dezember	11.29	11.26	höchst. Pr.	5.75	5.75
Januar	—.—	—.—	Petrol. cases	16.90	16.9	Getrfr. Engl.	2/8	2/8
			tanks	7.—	7.—	Kontinent	12.—	12.—

Chicago, 27. Oktbr. (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten)

	26.	27.						
Weizen Dez.	106.65	106.75	Roggen Mai	73.65	73.45	Schweine		
„ Mai	111.80	111.15	Schmalz Okt.	12.85	12.80	leicht niedr.	6.70	6.65
Mais Dez.	74.15	73.50	„ Dez.	11.60	11.60	höchst.	7.60	7.75
„ Mai	71.75	71.45	Pork	—.—	—.—	schw. niedr	7.—	7.—
Hafer Dez.	41.75	41.85	Rippen Okt.	8.70	9.20	höchst.	7.70	7.65
„ Mai	44.50	41.45	Speck niedr.	9.37	9.50	Zuf. Chicago	20000	9000
Roggen Dez.	68.65	68.50	höchst.	9.62	9.75	Westen	120000	10000

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Oktober

Rhein-Pegel	23	24	25	26	27	29	Neckar-Pegel	23	24	25	26	27.	29.
Schusterinsel*)	2.45	2.18	2.70	1.50	2.36	2.00	Mannheim	3.60	3.38	4.1.	3.22	5.43	4.90
Kehl	3.28	3.30	3.60	3.65	4.50	3.32	Heilbronn						
Maxau	4.66	3.16	5.77	5.82	5.76	5.45							
Mannheim	3.17	3.61	4.33	3.04	3.42	4.26							
Kaub													
Köln													

Mannheimer Wetterbericht v. 29. Okt. morgens 7 Uhr

Barometer 756,6 mm. Thermometer: 11,6 C. Niedrigste Temperatur nachts: 11,2° C. Höchste Temperatur gestern: 10,8° C. Niederschlag: 3,4 Liter auf den qm. Süd 3, bewölkt.

MARCHIVUM

Neues aus aller Welt

— **Verhaftung einer Bande von Metalldieben.** Großes Aufsehen erregte am vergangenen Neujahrstag der Diebstahl am Boxer-Denkmal auf dem Fehrbelliner Platz in Berlin. Dort war eine Figur im Gewichte von über zwei Zentnern vom Sockel abgesägt worden und verschwunden. Daraufhin hatte der Magistrat den Partner des Boxers in Sicherheit bringen lassen. Jetzt ist es der Berliner Kriminalpolizei gelungen, diesen Diebstahl und in Verbindung damit andere große Diebereien aufzudecken und 20 Verbrecher zu verhaften. Die Haupttäter sind gewerbsmäßige Metalldiebe. Mit ihren Frauen und ihrem Anhange machten sie sich in der Neujahrsnacht, während von der benachbarten Kirche die Glocken das neue Jahr einläuteten und auf der Straße der übliche Silvestertrubel anhub, mit der Metallsäge an das Denkmal heran. In zerlegtem Zustande wurde es dann als Altmetall verkauft. Die Diebe suchten planmäßig Kirchen und Friedhöfe heim und stahlen, was sie an Metall dort finden konnten. An den Eisenbahnwagen war kein Metallteil vor ihnen sicher. In einem Orte montierten sie sogar eine ganze Lokomotive ab. — Auch in Moabit wurde ein Metallhehlernest von der Kriminalpolizei ausgehoben und ein anderes Lager des betreffenden Althändlers im Stadtzentrum ermittelt. An den beiden Orten wurden gegen 30 Zentner Altmetall im Werte von 5—6 Billionen Mark beschlagnahmt.

— **Eine Räuberhöhle.** Die vielen Räubereien, die in der letzten Zeit in der Umgegend von Bevensen bei Lüneburg vorgekommen waren, veranlaßten die Bevölkerung zu einer Streife in den Gehölzen von Medingen und Ebbelstorf. Dabei wurde ein entwichener Zuchthäusler aufgegriffen, der eben dabei war, sich einen Eimer Wasser zu holen. Man vermutete in ihm einen der Täter und zwang ihn, den Zufluchtsort zu verraten. Als die Streife sich der Stelle nahte, wurde sie von einem zweiten Räuber mit Schüssen empfangen. Erst als er seine ganze Munition verschossen hatte, bequemte er sich, herauszukommen und sich zu ergeben. Die mehrere Meter im Geviert fassende Höhle, in der die Räuber hausten, war sorglich im Wald versteckt angelegt. Die herausgenommene Erde ist auf die Umgegend sorgfältig verteilt worden. Das ganze Gebiet war künstlich mit Moos usw. abgedeckt. Eine Klappe zum Herausnehmen bildete den Eingang. Sogar auf dieser Klappe war eine kleine Kiefer künstlich angebracht. In der Höhle war alles aufs schönste eingerichtet gewesen. Selbst Spiegel und Sessel fehlten nicht. Lebensmittel aller Art waren auf Monate vorhanden. Auch das nötige Handwerkszeug fand sich vor. Die beiden Waldmenschen wurden von der Dorfbevölkerung derart durchgeprügelt, daß ihre Aufnahme im Krankenhaus in Lüneburg erforderlich wurde.

— **Das Opfer eines Jagdunfalls.** Kommerzienrat Julius Neumann in Pößneck, ein bekannter Großindustrieller, der sich zur Jagd begeben hatte, wurde abends am Stadtwalde erschossen aufgefunden. Es liegt wahrscheinlich ein Jagdunfall vor.

— **Die deutsche Wiege des serbischen Thronfolgers.** Folgendes niedliche Geschichtchen macht zur Zeit unter den Deutschen Jugoslaviens die Runde. Ein deutscher Bürger hatte, um seine Verehrung für das Herrscherhaus zum Ausdruck zu bringen, sich vorgenommen, dem König als Geschenk für den neugeborenen Thronfolger eine kostbare Wiege anzubieten. Deshalb fuhr er eines Tages mit der Wiege nach Belgrad, wo er auch ungehindert bis zur königlichen Burg gelangte. Hier aber verwehrte ihm die Wache den Einlaß. Der König bemerkte diese Szene vom Fenster aus und, da er neugierig war, was der deutsche Bürger ihm zu sagen hab, ließ er ihn durch einen Diener heraufholen. Der Deutsche beglückwünschte den König zur Geburt des Thronfolgers und bat ihn, die Wiege als Geschenk anzunehmen. Der König war über diese Aufmerksamkeit sichtlich erfreut und forderte den Mann auf, ihm doch den Preis für die Wiege zu nennen oder irgend einen anderen Wunsch zu äußern. Da erwiderte der wackere Deutsche: „Eure Majestät, diese Wiege ist nicht mit Gold zu bezahlen; denn sie ist von Herzen gegeben. Wenn ich aber einen Wunsch äußern darf, so bitte ich, Eure Majestät möge dahin wirken, daß meine deutschen Brüder von den Behörden nicht mehr schikaniert werden." König Alexander soll die Erfüllung dieses Wunsches lächelnd zugesagt haben.

— **Zentralheizung für ganze Stadtteile.** Der Kopenhagener Stadtingenieur Karsten hat einen Plan ausgearbeitet, dessen Durchführung große Ersparnisse sichern soll. Das heiße Wasser, das aus den verschiedenen städtischen Elektrizitätswerken stromweise abfließt und nutzlos in der See verschwindet, soll in unterirdischen Röhren zur Erwärmung ganzer Stadtteile ausgenutzt werden. Die Ersparnisse sollen in die vielen Millionen Kronen gehen und, da Dänemark keine eigenen Kohlen besitzt, sondern alles aus dem Auslande importiert, auch der Valuta zugute kommen.

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E 6, 2.
Direktion: Ferdinand Heyme — Chefredakteur: Kurt Fischer.
Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: Kurt Fischer; für das Feuilleton: Dr. Fritz Hammes; für Kommunalpolitik und Lokales: Richard Schönfelder; für Sport und Neues aus aller Welt: Willy Müller; für Handelsnachrichten, Aus dem Lande, Nachbargebiete, Gericht u. den übrigen redaktionellen Teil: Franz Kircher; für Anzeigen: Karl Hügel.

National-Theater Mannheim
Montag, den 29. Oktober 1923
Miete A, Reihe zwei, 2. Vorstellung
F.-V.-B. Nr. 171—200 u. 351—420 u. 6951—7100
Sirill am Wrack
Komödie in drei Akten von Max Mohr.
In Szene gesetzt von Eugen Felber.
Anfang 6¼ Uhr. Ende 8½ Uhr.
Benno Arkadi, Ingenieur — Hans Godeck
Nelly Arkadi, seine Tochter — Elvira Erdmann 48
Sirill, Markus, Stubby — Studenten — Richard Eggarter, Ernst Sladeck, Kurt Reiß
Stefan Saturn, Knecht auf Arkadis Landgut — Fritz Linn
Albine, ein Fabrikmädchen — Helene Leydenius
Ein Arzt — Georg Köhler
Erster, Zweiter, Dritter, Vierter — Passant — Alexander Kökert, Josef Renkert, Karl Neumann-Hoditz, H. Herbert Michels

U 1, 1 Große Nachlaßversteigerung U 1, 1
am Dienstag, 30. Oktober 1923, vormittags ½10 Uhr und nachmittags 2 Uhr in U 1, 1 („Grünes Haus"):
1 hochelegantes Wohnzimmer, reich ausgestattet, 1 vollständige pitch-pine Küche, Einzelmöbel in großer Auswahl: Gute aufgerüstete Betten mit Matratzen, Waschkommode, Spiegelschrank, Chaiselongue, 2 Korbsessel, Vertiko, Tische, eichen. Ausziehtisch, Stühle, Diplomaten-Schreibtisch mit Sessel, Schrank, eis. Kinderbett, schwz. Sofatisch und Pfeilerschränkchen mit Spiegel, elektr. Lüster, weiß email. Küchenherd (70×110 m), schöne Teppiche (2×3 und 3×4 m), grün email. Zimmerofen, Post-Schreibmaschine, Kinderwagen, Herren-Fahrrad, 1 tadelloser Automantel, Küchengeschirr aller Art, Porzellan, schöne Aufstellgegenstände, Herren- und Frauenkleider, Telephon-Apparate u. vieles Ungenannte. 7010
Ortsrichter Landsittel — Tel. 7309.

Nachlaßversteigerung.
Im Auftrag der Erben versteigere ich am Mittwoch, 31. Oktbr. d. J., nachm. 2 Uhr in K 3, 17: 2 schöne nußb. Bettstellen m. Drahtröste u. Steil-Matr., 2 schöne Mahag.-Bettstellen m. Sprungfederröste, 1 Kinderbettstelle, weiß, 1 Sportwagen, 2 sehr schöne Kommoden u. 2 Nachttische m. Marmorpl., Tische, 2 Küchentische, Stühle, Gasherd, Pf., 1 Hand-Nähmaschine, 1 Grammophon m. Platt., 1 Messerputzmaschine m. Tisch, Nippsachen, 1 sehr gut. Feldstecher, Küchengeschirr u. viel Ungenanntes. 7012
Ortsrichter Th. Michel, K 3. 17.

Wir übernehmen laufend:
Unrunde Automobil-Kurbelwellen u. Cylinder
zum Präzisions-Nachschleifen. Neuanfertigung von dazu passenden Kolben, ebenso von con. u. Stirnräder aller Konstruktionen, bei schnellster Lieferung. 6916
C. Benz Söhne Automobilfabrik
Ladenburg/Neckar.

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Am Freitag, den 2. November, nachmittags 4 Uhr findet im Bürgerausschußsaal des Rathauses eine Bürgerausschuß-Sitzung statt. Die Tagesordnung ist an den Rathaustafeln im Rathaus-Durchgang und bei den Gemeindesekretariaten angeschlagen. Der Zutritt zur Galerie ist nur gegen Eintrittskarten gestattet, die am Mittwoch, den 31. Oktober von 8—12 und 3—6 Uhr und Donnerstag, den 1. und Freitag, den 2. November jeweils vormittags von 8—12 Uhr im Sekretariat des Gemeindegerichts (Altes Rathaus, Zimmer 3) ausgegeben werden. Die Karten werden auf den Namen ausgestellt; für einen Dritten kann der ausgebende Beamte noch eine weitere Karte behändigen. 13
Der Oberbürgermeister.

Die Fahrpreise der Straßenbahn betragen ab Dienstag, den 30. Oktober (in Milliarden Mark): 1—5 Teilstrecken = 4, 6 und 7 = 6, 8 und mehr = 8. (In der Zeit von vorm. 6.30 bis 11.30 Uhr in Mannheim = 3.5, 4, 6). Kinder 2. Fahrscheinhefte 36, 52, 68. Schülerhefte 28. Invalidenhefte 28. Wochennetzkarten: Mannheim und Ludwigshafen 160. Mannheim 130, Ludwigshafen 110. Invalidenkarten: 36. Wochenstreckenkarten: 80. Zusatzkarten für Rhein-Haardtbahn-Karten 32. Personalspätwagen 12. Die in der Zeit vom 27. bis 29. Oktober gekauften Fahrscheinhefte gelten bis einschließlich 5. November 1923. 93

Erhöhung der Gebühren für den Rosengarten.
Zur Deckung der gestiegenen Betriebs- u. Unterhaltungskosten werden die Gebühren für die Benützung der Räume und Einrichtungen des Rosengartens mit Wirkung vom 30. Oktober 1923 ab wie folgt erhöht:
Mietzinsen: Nibelungensaal 1000 Milliarden M., Musensaal 600 Milliarden M., Versammlungssaal 200 Milliarden M. **Einlaßgebühr:** 1 Milliarde M. **Kleiderablagegebühr:** 1 Milliarde M. 13
Bis 29. Oktober nicht verwendete alte Einlaßkarten können noch bis 1. November an der Tageskasse im Rosengarten (11—1 und 2—4 Uhr) und beim städt. Materialamt, L 2, 9 umgetauscht werden.

= Schönheitspflege =
Schmerz- und narbenlose Entfernung von Haaren, Warzen u. Leberflecken, sowie Beseitigung all. Schönheitsfehler. — Gesichtsdampfbäder, Bestrahlungen beseitigen alle Hautunreinigkeiten. — Spezialbehandlung bei starkem Fettansatz, „Doppelkinn usw." Hand- und Fußpflege. 521
Geschw. Steinwand
Tel. 4013 MANNHEIM, P 5, 13 Tel. 4013

Anerkannt raschen und sicheren Erfolg
erzielen Sie durch Aufgabe Ihrer Anzeigen im
Mannheimer General-Anzeiger 5388

Zeichnungs-Einladung
auf 6% ige Holzwertanleihe der Stadtgemeinde Freiburg i. Br.

Die Stadtgemeinde Freiburg i. Br. hat die staatliche Genehmigung zur Ausgabe einer

wertbeständigen Holzanleihe

bis zu einem Höchstbetrage von zusammen

60000 fm Nadelnutzholz 3. Klasse

erhalten. Die Anleihe wird nach Bedarf begeben.

Die Verzinsung beträgt 6%, d. h. für 100 fm Anleihewert wird der Geldwert von 6 fm obiger Holzsorte vergütet. Die Anleihe wird getilgt mit 3% unter Zuwachs der ersparten Zinsen und zwar Verzinsung und Tilgung jährlich einmal auf 1. November. Die Tilgung erfolgt entweder durch Rückkauf oder durch Auslosung und zwar erstmals im Jahre 1926. Die Stadtgemeinde behält sich frühzeitigere und stärkere Tilgung vor.

Der für Zins- und Kapitaltilgung zur Auszahlung kommende Geldbetrag wird auf der Grundlage des von der zuständigen Forstbehörde festgestellten durchschnittlichen Grundpreises berechnet, wie er während des dem Zahlungstermin vorausgegangenen Jahres für Tannennutzholz 3. Klasse für die Waldungen der Stadtgemeinde Freiburg i. Br. auf Grund der Holzverkäufe erzielt wird, unter Abrundung auf volle Tausend Mark.

Für die Anleihe haftet das gesamte städtische Vermögen.

Der Waldbesitz der Stadtgemeinde Freiburg umfaßt 3560 ha; der jährliche Holzeinschlag hieraus beträgt 23 100 fm.

Wenn die Anleihe ganz begeben wird, sind für Verzinsung und Tilgung zusammen jährlich 5400 fm notwendig. **Verzinsung und Tilgung sind daher unbedingt sichergestellt.**

Der Zeichnungspreis für 1 fm Nadelnutzholz 3. Klasse ist auf

30 Goldmark = 7½ Dollar

festgesetzt, zahlbar in Papiermark nach dem Mittelkurs des amerikanischen Dollars an der Berliner Börse vom Vortag des Eingangs der Zeichnung bei den Zeichnungsstellen. Zeichnungen von auswärts sind daher stets drahtlich oder telefonisch aufzugeben.

Die Anleihe soll je nach Bedarf in Stücken zu ¼, ½, 1, 2 und 5 Festmeter eingeteilt werden. Die erforderliche Anzahl jährlicher Zinsscheine wird den Stücken beigegeben. Die Verzinsung beginnt am 1. November ds. Js. Bis zu diesem Tage ist die Verzinsung in den Zeichnungspreis eingerechnet.

Der Zeichnungspreis ist sofort bei erfolgter Zuteilung zu entrichten.

Die Einführung der Anleihe an der Börse ist beabsichtigt. Die Ausgabe der Stücke wird nach Möglichkeit beschleunigt.

Auf Grund vorstehender Bedingungen wird der Beginn der Zeichnung auf

30. Oktober 1923

festgesetzt. Die Stadtgemeinde behält sich jederzeitigen Schluss der Zeichnung vor.

Badische Girozentrale Mannheim
Freiburg — Darmstadt (Hessische Girozentrale) **— Karlsruhe**

Zeichnungsstellen sind ferner:

Bad. Bauernbank, Freiburg; Bankhaus Birkle & Co., Freiburg; Darmst. und Nationalbank, Freiburg; Deutsche Handelsbank, Fil. Freiburg; Dresdner Bank, Filiale Freiburg; Freib. Gewerbe-Bank e. G. m. b. H.; Bankhaus L. A. Krebs, Freiburg; Bankhaus W. Lang, Freiburg; Rhein. Creditbank, Filiale Freiburg; Städtische Sparkasse, Freiburg; Südd. Disconto-Ges., Fil. Freiburg

Auswärtige Zeichnungsstellen:

Deutsche Girozentrale, Berlin; Deutsche Girozentrale Zweiganstalt Frankfurt; Girozentrale Sachsen, Dresden; Bayrische Girozentrale, München; Girozentrale Hannover; Württ. Girozentrale, Stuttgart; Girozentrale für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt, Magdeburg

Offene Stellen.
Solides Servierfräulein welches schon in Kaffee gearbeitet hat, kann sof. eintreten. Kaffee Weller, Dalbergstr. 3 (Luisenring) *4426

Verkäufe.
1 Kontrollkasse m. Vorrichtung f. handschriftliche Eintragung zu verkaufen. 6331 Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl.

Kauf-Gesuche
Kaufe gutes Piano. Ang. u. G. K. 38 a. d. Gesch. *4425
Adressier-Maschine gut erhalt., zu kaufen ges. Briefk. f. Raumangestellte, B 3, 11 *4396

Miet-Gesuche.
2 sch. Part.-Räume entl. m. Küchenben. i. g. Lage geg. 2-3 Zim.-Wohnung zu tausch. Ang. u. F. R. 49 an die Geschäftsst. *4388
Beff. junges kinderloses Beamten-Ehepaar sucht per 15. November *4383 **möbl. Zimmer** wenn mögl. mit Kochgelegenheit, geg. zeitgem. Bezahlg. Bettwäsche kann gestellt werden. Angeb. unt. P. Q. 39 an die Geschäftsst.
Einfamilienhaus Umgeg. Mannh. zu kaufen oder mieten gesucht geg. Tausch einer 4 Zimmer-Wohnung, Zentr. d. Stadt. Angebote u. G. J. 57 an die Geschäftsstelle. *4422

Unterricht.
Wer beteiligt sich an **Englisch u. Französisch** f. Anfäng. u. Fortgeschr. von heute ab 10 G.-Mk. Ang. u. B. M. 186 a. d. Gsch. 631

Offene Stellen
Junger, gewandter Kaufmann gewissenhaft und zuverlässig, der in der Lage ist, Arbeiten nach kurzen Angaben selbständig zu erledigen, zu sofortigem Eintritt gesucht. Kenntnisse in Schreibmaschine und Stenographie erforderlich. Angebote u. N. J. 183 an die Geschäftsst. 6388

Bedeutendes Mannheimer Industrieunternehmen 7014 **sucht 1 erster Buchhalter** sowie **1 junger Kaufmann** zu sofortigem Eintritt. Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschriften, Lebenslauf und Lichtbild unt. N. K. 184 an die Geschäftsstelle erbeten.

Einlegerinnen und Buchbinderei-Arbeiterinnen sofort gesucht. Druckerei Dr. Haas, E 6, 2. Zu melden von 11—12 vormittags.

Für unsere **Werkzeugmacherei** suchen wir per 1. Januar 1924 **einen sehr erfahrenen, tüchtigen und umsichtigen Meister** mit längerer Meistertätigkeit. 7016 Angebote mit Zeugnisabschriften, Altersangabe, Lichtbild und Gehaltsansprüchen erbeten an **Joseph Vögele A.-G.** Mannheim.

Für Mannheim und umliegenden Bezirk suchen wir 677 **besteingeführten Vertreter.** Ausführliche Bewerbungen erbittet **Braunsberg & Co. A.-G. Berlin** Baumwollwarenfabrikation u. Großhandel

Stellen-Gesuche
Langjähr. I. Buchhalter u. Kassier perfekt in allen vork. Bilanz-, Steuer- u. Bankangelegenheiten, Organisator, wünscht sich per bald in gehobener Vertrauensstellung zu verändern. Gefl. Angebote u. P. Z. 48 an die Geschäftsstelle. *4402

Miet-Gesuche
Wir suchen für neueintretende männliche und weibliche Angestellte 541 **mehrere möblierte Zimmer** in guten Häusern. **Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.** Personal-Abteilung.

Bankkassierer sucht **hübsch möbliertes Zimmer.** Angebote unter G. H. 56 an die Geschäftsst. *4421

Wohnung 1 oder 2 möblierte oder leere Zimmer mit Küchenanteil in nur besser. Hause gesucht. Zeitgemäße Mietzahlung selbstverständlich. Angebote unter G. A. 49 an die Geschäftsstelle ds. Blattes. *4405

Wohnungstausch München gegen Mannheim oder besetztes Gebiet, 3 Zimmer, Küche u. Zubehör gegen 3 bis 4 Zimmer. *4419 Laufer, T 5, 17.

Tausch. Großes Büro, 6—8 Räume in zentraler Lage, Hauptverkehrspunkt der Straßenbahnen, gegen kleineres Büro in der Schloss- oder Hafengegend. Angebote unter M. Y. 173 an die Geschäftsstelle. 5235

Vermischtes.
300 Milliarden Belohnung für den Nachweis des oder der Täter, die zum zweiten Mal eine große Scheibe unseres Transparentes vor Q 7, 8 eingeworfen haben, sodaß wir dieselben der Staatsanwaltschaft anzeigen können. Mannheim, den 29. Oktober 1923 **Künstlerspiele Libelle** Direktion. 7020

„Eckroni"-Kleinverkauf jeden *4410/11 **Dienstag und Freitag** von 1 bis 4 Uhr nachmittags **direkt ab Fabrik E 7, 3** 1 Treppe Eckroni-Werke, Mannheim.

Drucksachen für die gesamte Industrie liefert schnell Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H., E 6, 2.

1 gebr. Handtasche, 1 gut erh. Schlüpfer od. Ueberzieher geg. Nahrungsmittel einzutausch. Jeankaub, Hotel gold. Pflug, Hauptbh. hier. *4376

Gestohlen wurde im Hause Q 3, 21 am Freitag Abend von einer Transmission ein fast neuer Treibriemen, 5 m L. 5 cm br. — Für Wiederbringung hohe Belohnung. **Betzler, Q 3, 21.** *4423

Entlaufen! Fünf Monat alter Rauhhaardackel, Hündin, schwarz mit rotbraunen Flecken, Samstag nachmittag entlaufen. Wiederbringer o. wer zur Wiederbeschaffung beiträgt, erhält 5 Pfund Fleisch oder Bauwert. *4424 Näheres L 14, 3.

Perf. Schneiderin n. noch Kundschaft außer dem Hause an. Angeb. u. P. Y. 47 an die Geschäftsst. *4400

Schweinefutter abzugeben. *4418 **Rosenstock, N 3, 8.**

Vermietungen
Ladenlokal im Zentrum der Stadt **zu vermieten.** Auch für kleines Büro geeignet. *4399 Näheres ab 11 Uhr Restaur. „Reichspost" Q 1, 11.